

Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs

**zum 56. Österreichischen Gemeindetag
in Lech/Arlberg**

10. und 11. September 2009

I.	Einleitung	5
II.	Arbeitsschwerpunkte und Positionen	7
	<i>II.a. Veranstaltungen und Highlights</i>	7
	<i>II.b. Förderungsprogramme und Positionen</i>	9
	<i>II.c. Begutachtungen und rechtliche Angelegenheiten</i>	12
	<i>II.d. Konjunkturpaket für Gemeinden</i>	19
	<i>II.e. Gemeindefinanzen</i>	22
	<i>II.f. Projekte</i>	32
III.	Europäische Aktivitäten	35
	<i>III.a. Aktivitäten des Büros Brüssel</i>	35
	<i>III.b. Vertretungen</i>	35
	<i>III.c. Kommunale Fach- und Bildungsreisen nach Europa</i>	37
	<i>III.d. Bilaterale Zusammenarbeit</i>	39
	<i>III.e. Projekte</i>	39
IV.	Presse und Öffentlichkeitsarbeit	41
	<i>IV.a. Pressekonferenzen und Pressemitteilungen</i>	41
	<i>IV.b. Wettbewerbe</i>	43
	<i>IV.c. Publikationen</i>	45
	<i>IV.d. Online Medien</i>	48
V.	Gemeindebund intern	51
	<i>Aufgaben des Gemeindebundes</i>	51
	<i>Interne Struktur</i>	51



I. Einleitung

Liebe Leserin, lieber Leser!

Sie halten den Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs des Österreichischen Gemeindebundes in Händen. Er gibt Ihnen einen Überblick darüber, welche Arbeitsschwerpunkte der Gemeindebund sich in den zwölf Monaten seit dem letzten Gemeindegtag in Salzburg gesetzt hat. Kaum ein Zeitraum in der Vergangenheit war so intensiv, arbeitsreich und auch überraschend wie diese letzten zwölf Monate.

Noch am 55. Gemeindegtag in Salzburg, der mit 2.300 Teilnehmern ein riesiger Erfolg war, hätte niemand an eine Finanzkrise mit diesem Ausmaß gedacht. Wie schon in den Jahren davor hatten es sich die Spitzen der Republik nicht nehmen lassen, persönlich das kommunalpolitische Highlight des Jahres zu besuchen. Bundespräsident Heinz Fischer, der damalige Vizekanzler Wilhelm Molterer oder die Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller waren nur einige der vielen Spitzenpolitiker, die den Gemeindegtag besuchten.

Unmittelbar nach dem Gemeindegtag, Ende September 2008 wurde schließlich ein neuer Nationalrat gewählt. Schon zuvor hatte der Gemeindebund ein sehr umfangreiches Forderungsprogramm an die neue Bundesregierung erarbeitet, das in weiterer Folge bei zahlreichen

Ministervorsprachen thematisiert wurde.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Herbst 2008 über die globalen Märkte und Staaten hereinbrach war in ihrer Intensität unvorhersehbar und hat auch die Gemeinden mit voller Wucht getroffen. Durch die stark sinkenden Steuereinnahmen seit Jahresbeginn sinken auch die Bundesertragsanteile für die Gemeinden drastisch. Der finanzielle Spielraum der Gemeinden, die so genannte „freie Finanzspitze“, wird damit auch immer enger. Trotzdem sollte gerade in Krisenzeiten die öffentliche Hand investieren. Mit der Anhebung der Schwellenwerte von 40.000 auf 100.000 Euro bei den Direktvergaben bzw. auf eine Million Euro bei den „nicht offenen Verfahren“ ist dem Gemeindebund hier ein wichtiger Erfolg für die Gemeinden gelungen. Damit können kleinere Aufträge schneller vergeben werden, die Wertschöpfung bleibt zu meist in der Region.



Die finanziell schwierigen Zeiten für die Gemeinden werden sich allerdings nicht so schnell ändern, die Ertragsanteile und auch die eigenen Steuern werden in nächster Zukunft kaum steigen, die Last der Aufgaben für die Gemeinden wird dennoch immer größer.

Nicht zuletzt deshalb hat der Gemeindebund in den vergangenen Monaten auch immer wieder öffentlich ein Konjunkturpaket für die Gemeinden eingefordert. Wir glauben daran, dass gerade Investitionen, die von Gemeinden getätigt werden sich sehr rasch und unmittelbar auf die Konjunktur und damit auch den Arbeitsmarkt positiv auswirken. Bislang ist die Umsetzung eines solchen Paketes noch nicht gelungen, der Gemeindebund wird diese Forderung aber hartnäckig aufrecht erhalten.

Erfolgreich war der Gemeindebund in der Erarbeitung der „Kommunalen Klimaschutzoffensive“. Dieses vom Klimafonds (KLIEN) geförderte Projekt wird allen österreichischen Gemeinden konkrete Beratung und Ausbildung in Klimaschutzfragen anbieten. Die erzielten Ergebnisse dieser Beratung sollen in den Gemeinden auch unter Beobachtung und Begleitung durch Klimacoaches umgesetzt und unterstützt werden. Den Gemeinden wird dieses Konzept am Gemeindetag in Lech in eigenen Workshops vorgestellt werden.

Mit jedem Jahr erfolgreicher gestalten sich die „Kommunalen Sommergespräche“, die heuer zum insgesamt vierten Mal, in Partnerschaft mit der Kommunalcredit Austria, in Bad Aussee stattfanden. An drei Tagen diskutierten unter dem Motto „Mehr Staat – weniger Privat“ hochkarätige Experten aus Politik und Wirtschaft

über Zukunftsfragen für Gemeinden. Zahlreiche Minister, Vorstandsvorsitzende und Querdenker nahmen 2009 an diesen Gesprächen teil, die Ergebnisse können Sie in einer Sonderbeilage der Fachzeitschrift KOMMUNAL nachlesen.

Darüber hinaus leistet der Österreichische Gemeindebund tagtäglich wichtige Basis- und Routinearbeiten für die Gemeinden. Wir begutachten Gesetze, erarbeiten Inhalte, informieren in einem sehr dichten Kommunikationsnetz die Gemeinden über aktuelle Ereignisse oder Aktionen.

All unsere Aktivitäten und Arbeiten finden Sie in diesem Tätigkeitsbericht dokumentiert. Ich lade Sie ein, diesen Bericht nicht nur durchzublättern, sondern sich über die Arbeit Ihrer Interessensvertretung genau zu informieren.

Ich freue mich auf einen interessanten und abwechslungsreichen Gemeindetag hier in Lech am Arlberg, darf Sie zu diesem Ereignis recht herzlich begrüßen und hoffe, dass Ihnen mein Tätigkeitsbericht einen Überblick über die Aktivitäten IHRER Interessensvertretung verschafft.

Mit herzlichem Gruß

vortr. HR Dr. Robert Hink

(Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)

II. Arbeitsschwerpunkte und Positionen

II.a. Veranstaltungen und Highlights

55. Gemeindetag in Salzburg

Der Berichtszeitraum dieses Heftes beginnt mit dem kommunalpolitischen Höhepunkt des Jahres, dem Österreichischen Gemeindetag, der im September 2008 in Salzburg stattfand. Dieser Gemeindetag hatte einer historischen Begebenheit besonders zu gedenken. Genau 60 Jahre zuvor wurde der allererste Österreichische Gemeindetag ebenfalls in Salzburg abgehalten. Mehr als 2.300 Bürgermeister und Gemeindevertreter kamen in die Mozartstadt, um unter dem Motto „Gäste. Freunde. Gemeinden“ die Bedeutung der Kommunen für den Tourismus zu diskutieren. Die Gäste- und Referentenliste zeigte, wie wichtig die Gemeinden und der Gemeindebund für Spitzenvertreter aus Politik und Wirtschaft geworden sind. Bundespräsident Heinz Fischer, der damalige Vizekanzler Wilhelm Molterer, Staatssekretärin Christine Marek, Innenministerin Maria Fekter und Landeshauptfrau Gabi Burgstaller machten den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ihre Aufwartung. Mit einem Frühschoppen im Augustinerbräu begann der Gemeindetag sehr zünftig, setzte sich dann aber in qualitätvollen inhaltlichen Veranstaltungen zu touristischen Themen fort.

Im architektonisch eindrucksvollen Congress ging die Fachtagung zum Kern-

thema „Gäste. Freunde. Gemeinden“ dieses Gemeindetages über die Bühne. Dabei wurde auch eine vom Gemeindebund und dem Wirtschaftsministerium beauftragte Studie präsentiert, die die Rolle der Gemeinden für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Zahlen fasst. Zwei Drittel der österreichischen Gemeinden sind Tourismusgemeinden. Interessantes Ergebnis der Studie: 70 Prozent der touristischen Erlöse in Österreich werden nicht in Großstädten, sondern in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern erzielt. Der Vertreter des Gemeindebundes am Podium, Söldens Bürgermeister Ernst Schöpf, machte eines klar: „Ohne die Gemeinden geht im Tourismus gar nichts. Die Schaffung der notwendigen Infrastruktur wie Straßen, Wasser, Abwasser- oder Müllentsorgung, das alles wird viel zu oft als selbstverständlich hingegenommen.“

Würdiger Abschluss und Höhepunkt des Gemeindetages war die politische Veranstaltung im Salzburger Fest-



spielhaus, bei der Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Gastgeber und Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer zu den Teilnehmern sprachen.

Kommunale Sommergespräche 2009 in Bad Aussee

Unter der Fragestellung „Mehr Staat – weniger privat?“ gingen Ende Juli 2009 die Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee über die Bühne. Die Besetzung dieser dreitägigen „Denkveranstaltung“ wird immer prominenter. Neben Innenministerin Maria Fekter nahmen aus der Politik u.a. auch die Staatssekretäre Christine Marek, Reinhold Lopatka und Andreas Schieder teil. Hochrangige Wirtschaftsvertreter wie Claus Raidl, Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer, Kommunalkredit-Chef Alois Steinbichler, Post-Chef Rudolf Jettmar, Wirtschaftsjournalist



v.l.: R. Hink, Marek, Vizebgm. von Bad Aussee Johanna Köberl, Moderator Alfred Payrleitner

Christian Ortner, u.v.m. komplettierten die geballte Kompetenz in Bad Aussee. Die Sommergespräche werden seit einigen Jahren von Gemeindebund und Kommunalkredit gemeinsam in Bad Aussee organisiert und sind inzwischen anerkannte Denkwerkstatt für die Gemeinden.

Netzwerk Bildung, Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft

Im Vorfeld der Kommunalen Sommergespräche fand heuer zum zweiten Mal die „Kommunale Bildungskonferenz“ im Rahmen des Projekts „Netzwerk Bildung“ unter dem Vorsitz des Österreichischen Gemeindebundes statt.

Diese Plattform zum Austausch von Bildungslaufbahnen im kommunalen Bereich hat sich zum Ziel gesetzt, durch informelle Kooperation schrittweise einen kommunalen Standard für die Ausbildung der Mitarbeiter und Funktionäre zu erzielen. Dies geht einher mit der Forderung der Verwaltungsreform, die diversen Ausbildungscurricula im öffentlichen Dienst zu harmonisieren. Ein Schwerpunkt der diesjährigen Tagung war das Wissensmanagement. Im Zuge dieser Bildungskonferenz fand auch eine Zusammenkunft der Proponenten für die Anfang November 2009 beabsichtigte Gründung einer „Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft“ statt.

II. Arbeitsschwerpunkte und Positionen

Diese Gesellschaft soll sich als Verein konstituieren, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist. Als Zweck wurde vor allem die Förderung und Steigerung der Leistungen in der wissenschaftlichen Forschung in Bezug auf Kommunen in allen relevanten Wissenschaftsdisziplinen auf internationaler, europäischer, innerstaatlicher und rechtsvergleichender Ebene festgesetzt. Dies unter anderem durch gewisse Projekte und Veranstaltungen, die auch bisher schon vom Gemeindebund wahrgenommen wurden, etwa die Auslobung kommunalwissenschaftlicher Preise oder die Veranstaltung wissenschaftlicher Tagungen zur interdisziplinären Behandlung kommunaler Themen und Entwicklungen. Eine solche Konferenz ist bereits am 5. November 2009 zum Thema „Verpflichtendes Vorschul- bzw. Kindergartenjahr“ geplant.

II.b. Forderungsprogramme und Positionen

Aus Anlass der Neuwahlen im Herbst 2008 und der Bildung und Angelobung einer neuen Bundesregierung am 2. Dezember 2008 wurde das im Rahmen des Gemeindetages in Salzburg verabschiedete **Forderungspapier des Österreichischen Gemeindebundes** an die führenden Mitglieder der Parlamentsparteien und die Mitglieder des neuen Kabinetts übermittelt. Neben einer öffentlich-

keitswirksamen Publikation (u.a. auf www.gemeindebund.at) wurden diese Forderungen im ersten Halbjahr 2009 von den Spitzenvertretern des Gemeindebundes in offiziellen Ministervorsprachen und inoffiziellen Gesprächen mit den Mitgliedern der neuen Bundesregierung artikuliert. Dabei wurden nicht nur auf die einzelnen Forderungen des Gemeindebundes hingewiesen, sondern Lösungsvorschläge erarbeitet und unterbreitet. Zum Teil konnten auch Zusagen der Ministerinnen und Minister erreicht werden, gewisse Anliegen innerhalb einer bestimmten Zeit einer Lösung zuzuführen.

Offizielle **Vorsprachen bei Regierungsmitgliedern** wurden ab Februar 2009 durchgeführt, stets unter Teilnahme des Präsidenten, gegebenenfalls seiner beiden Vizepräsidenten und des Generalsekretärs. Dabei wurden im Februar BM Schmied und StS Marek besucht. Im März empfingen VK BM Pröll, BM Stöger, BM Spindelegger und BM Hundstorfer die Delegationen des Gemeindebundes. In den Folgemonaten konnten außerdem Termine bei BM Fekter, BM Mitterlehner und StS Lopatka arrangiert werden.

Bei den Vorsprachen wurden natürlich die vordringlichsten Probleme herausgehoben und prioritär behandelt. An erster Stelle standen die **finanziellen Angelegenheiten der Kommunen**, da die Gemeinden aufgrund der **Finanz- und**

Wirtschaftskrise in einer besonders angespannten Lage sind. (Siehe dazu auch Punkt II.d. und e.)

Ein weiterer Kernpunkt der Versprachen betraf die soziale Absicherung der Bürgermeister. Im März 2009 verabschiedete der Österreichische Gemeindebund daher ergänzend zu seinem Forderungspapier eine „**Resolution zur sozialen Absicherung der Bürgermeister**“, die Bundesminister Hundstorfer überreicht werden konnte. Dieser signalisierte Kooperationsbereitschaft und versprach eine zügige Umsetzung der Anliegen durch das Sozialministerium.

Die Resolution beinhaltet folgende Schwerpunkte:

- Forderung nach einer Arbeitslosenversicherung und einer entsprechenden Abfertigungs- bzw. Entgeltfortzahlungsregelungen für Bürgermeister und Gemeindevandatare
- Beseitigung der geltenden Ruhebestimmungen für Bürgermeister, wonach nach der jetzigen Rechtslage die Gemeindevertreter nach Eintritt in den Ruhestand in ihrem Zivilberuf gezwungen sind, auch ihr Bürgermeisteramt zurückzulegen
- Wiedereinführung einer angemessenen Pensionsregelung für Kommunalpolitiker.

Zu diesem Positionspapier wurde im Sommer 2009 von Univ. Prof. Mazal ein Arbeitspapier mit ausführlichen Lösungsvorschlägen für diese Problematik verfasst, wobei auch mitberücksichtigt werden soll, für Bürgermeister eine freiwillige Pensionsvorsorge zu ermöglichen.

Wesentliche Teile des Forderungspapieres sind der **Stärkung des ländlichen Raumes** gewidmet. Der Österreichische Gemeindebund hat seit Jahren die Erhaltung und die Stärkung des ländlichen Raumes als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zu einem Schwerpunktthema gemacht. Die gegenwärtige Konzentration des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in den Ballungsräumen ist zugleich Ursache und Folge einer siedlungs-, wirtschafts-, kultur- und umweltpolitisch gefährlichen Entwicklung im ländlichen Raum.

Daher forderte der Österreichische Gemeindebund erneut die **Erarbeitung eines Masterplans für den ländlichen Raum**. Dieser soll in Form einer Empfehlung von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) unter Einbindung von Bund, Ländern und Gemeinden erstellt werden. Die große Herausforderung für die Regionalpolitik liegt vor allem darin, die Negativspirale aus Abwanderung, Arbeitsplatzverlust und Rückgang der Dienstleistungen in diesen Gebieten zu durchbrechen und Strategien zur Bewältigung der Probleme zu entwickeln.

II. Arbeitsschwerpunkte und Positionen

Der Masterplan für den ländlichen Raum soll eine Vernetzung aller maßgeblichen Akteure des ländlichen Raumes bewerkstelligen und konkrete Lösungsansätze für eine zukunftsweisende Entwicklung auf wirtschaftlicher und auf sozialer Ebene anbieten. Mindeststandards in der Infrastruktur, laufendes Monitoring und eine verstärkte horizontale und vertikale Kooperation sind dabei besonders herzuheben.

Die Attraktivität peripherer ländlicher Regionen wird nicht nur durch wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und das Angebot an Arbeitsplätzen bestimmt, sondern in einem hohen Maß auch von sozialen Gegebenheiten, von der Versorgung mit Universaldiensten wie auch von Einrichtungen der Daseinsvorsorge beeinflusst.

Neben dem Bestand von Versorgungs- und Vorsorgeeinrichtungen ist eine möglichst gute Verkehrserschließung ländlicher Räume ebenso wie ein leistungsfähiger Zugang zu den Technologien der Informations- und Telekommunikation, insbesondere zum Breitbandinternet, ein wesentlicher Aspekt für die Entwicklung ländlicher Regionen.

Die wirtschaftliche Leistungskraft einer Region ist aber auch vielfach von der

Entwicklung in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft abhängig. Der Tourismus bewirkt Multiplikatoreffekte und belebt die regionale Wirtschaft in Bereichen wie Handel und Gewerbe, Bau-, Verkehrs- und Bankwesen.

Da eine einzelne Gemeinde diesen stetig wachsenden Anforderungen nicht gewachsen ist, müssen in der Regionalentwicklung und -planung zunehmend auf die Nutzung von Kooperationspotenzialen gesetzt und durch eine engere Vernetzung Synergien erzielt werden.

Im April 2009 wurde dem Gemeindebund durch BM Dr. Fekter angekündigt, dass das Innenressort mit dem Österreichischen Integrationsfonds die Steuerungsgruppe zur Erstellung eines „**Nationalen Aktionsplans für Integration**“ ins Leben rufen werde, die mit hochrangigen Vertretern sämtlicher Ministerien und Bundesländer sowie verschiedenster Institutionen, wie Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund, besetzt ist. Der Österreichische Gemeindebund ist in diesem Gremium durch Vizepräs. Bgm. Schmid und Bgm. Rinke vertreten. Ziel dieser Steuerungsgruppe sowie der parallel geführten Expertenrunden ist die gemeinsame Erarbeitung von Integrationsmaßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen.

II.c. Begutachtungen und rechtliche Angelegenheiten

Die aktive Beteiligung am Gesetzgebungsprozess ist eine der Kernaufgaben des Österreichischen Gemeindebundes. Die Gemeinden haben nicht nur ihre Verwaltung im Rahmen der Gesetze zu führen, sondern setzen in direkter Anwendung von Gesetzen und Verordnungen auch nationale und übernationale Politiken um.

Die Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen durch den Gemeindebund ist daher Grundlage für eine gewisse „Erdung“ des legislativen Prozesses, der die Gesetzesentwürfe einer Prüfung auf deren Umsetzungsorientierung und Praktikabilität, aber aus kommunaler Sicht vor allem auf deren finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden unterwirft.

Die offizielle Einbindung des Österreichischen Gemeindebundes als Begutachtungsstelle ist eng mit den Möglichkeiten des Konsultationsmechanismus verschränkt, manchmal werden Gesetzesbegutachtung und Stellungnahme nach dem Konsultationsmechanismus gemeinsam erledigt. Die legislative Arbeit des Gemeindebundes hängt auch mit den Aufgaben der Interessenswahrnehmung im Finanzausgleich eng zusammen. Hilft doch die Begutachtung dabei Elemente

des so genannten „grauen Finanzausgleiches“ aufzufinden und auf laufende Abwälzungen von Kosten auf die Gemeinden hinzuweisen und diese abzuwehren.

Der Gemeindebund als Interessensvertretung hat daher neben der Expertise, die in die Stellungnahmen einfließt, in vielen Fällen auch politische Position zu beziehen. Dabei wird der gesamte Weg des Legislativprozesses abgedeckt, von den EU-Rahmenrichtlinien und Vorarbeiten für Ministerialentwürfe über Regierungsvorlagen bis in die Ausschüsse des Parlamentes. Die Begutachtungstätigkeit des Gemeindebundes war im Berichtszeitraum stark von sozialen Themen geprägt, die auf Bundesebene in 15a-Vereinbarungen geregelt wurden.

Im 2. Halbjahr 2008 wurden **34 Entwürfe** (Konsultationsmechanismus und Ministerialentwürfe) begutachtet, im 1. Halbjahr 2009 **69 Entwürfe**. Die Anzahl der übermittelten Gesetzes- und Verordnungsentwürfe im Sinne des Konsultationsmechanismus betrug im 2. Halbjahr 2008 **17 Stück**, im 1. Halbjahr 2009 **48 Stück**.

Über die Evaluierung der Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene hinaus wurden zahlreiche Dokumente der Europäischen Kommission begutachtet, die der Österreichische Gemeindebund im Rahmen seines verfassungsmäßig ver-

ankerten Informationsrechtes, über die Subsidiaritätsprüfung des Bundesrates zu einzelnen Vorhaben der EU, aber auch über die Arbeit im Ausschuss der Regionen (AdR) und diverse direkte Kontakte zu Organen der EU erhalten hat.

Die folgende, nur cursorisch erstellte Übersicht skizziert die Begutachtungstätigkeit des Gemeindebundes im laufenden Berichtszeitraum. Hierdurch wird deutlich, wie breit das inhaltliche Spektrum der Arbeiten des Österreichischen Gemeindebundes gefächert ist und die Gemeinden in vielfältiger Art von legislativen Vorhaben des Bundes oder der Europäischen Union betroffen sind.

Schwerpunkte in Legistik und Begutachtung

Steuerreform 2009

Das von der neuen Bundesregierung geschnürte Entlastungspaket umfasst ein Ausmaß von drei Milliarden Euro und gilt rückwirkend mit 1. Jänner 2009.

Der Schwerpunkt dieser Steuerreform liegt auf einer umfassenden Lohnsteuersenkung, zudem sind weitreichende Steuererleichterungen für Familien und Unternehmer sowie eine Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden und des Kirchenbeitrags vorgesehen. Die Auswirkungen dieser Reform auf die kom-

munalen Finanzen werden unter Kapitel II.e. Gemeindefinanzen beleuchtet.

Novelle des Umweltförderungsgesetzes

Der Österreichische Gemeindebund hat sich entschieden gegen die Änderung des UFG ausgesprochen, wonach auch Maßnahmen im Bereich der Bundesgewässer (bis zu 100 %) für Zwecke der Verbesserung des ökologischen Zustandes aus dem Förderrahmen von € 140 Mio. finanziert werden können. Den Einwendungen des Österreichischen Gemeindebundes wurde insofern Rechnung getragen, als eine Betragsobergrenze für Maßnahmen im Bereich der Bundesgewässer von € 20 Mio. eingezogen wurde.

Postmarktgesetz

Im Dezember 2008 wurde durch eine Änderung der Post-Universaldienstverordnung die Schließung von Postämtern zeitlich befristet bis Juni 2009 verboten. Im März 2009 wurde vom Österreichischen Gemeindebund eine Resolution verabschiedet, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass eine flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen gewährleistet wird. Ende April 2009 wurde vom zuständigen Ministerium ein Entwurf eines Postmarktgesetzes zur Begutachtung ausgesendet. Dieser wurde vom Österreichischen Gemeindebund insofern begrüßt, als erstmalig ein Mindestversorgungsgrad festgeschrie-

ben wurde. Die im Entwurf formulierten Kriterien der Mindestreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen wurden hingegen ebenso als unzureichend bemängelt wie das Fehlen einer Mindestanzahl an eigenbetriebenen Filialen. Nach längerem Bemühen wurde ein Ministerratsvortrag über ein neues Postmarktgesetz noch Ende Juli 2009 verabschiedet.

Bundesbahngesetz

Im Mai 2009 wurde ein Entwurf einer Änderung des Bundesbahngesetzes ausgesendet, der seitens des Gemeindebundes aufgrund massiver finanzieller Belastungen entschieden abgelehnt wurde. Zwar wurden in der darauf folgenden Regierungsvorlage sämtliche Einwände berücksichtigt. Da aber anderweitig Bestimmungen geändert wurden, die zu einem nicht unwesentlichen Ausfall an Steuereinnahmen geführt hätten, forderte der Österreichische Gemeindebund die Aufnahme von Verhandlungen nach § 6 FAG 2008.

Bezügebegrenzungsgesetz – Nulllohnrunde

Im Mai 2009 hat der Nationalrat im Rahmen des Beschlusses des Doppelbudgets 2009/2010 eine Nulllohnrunde für Politiker beschlossen. Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise wurde auf eine Valorisierung der Politikergehälter nach dem Bundesbezügebegrenzungsgesetz mit 1. Juli 2009 verzichtet. Diese hätte aufgrund

des schon vom Rechnungshof veröffentlichten Anpassungsfaktors 3,2 Prozent ausgemacht.

Der Österreichische Gemeindebund berief sich auf die anlässlich der Ministervorsprachen gegebenen Zusagen von Vizekanzler Pröll und BM Hundstorfer, die zusicherten, dass diese Nulllohnrunde keine nachteiligen Effekte für die Bürgermeister haben dürfe. Er wies allerdings in seiner Stellungnahme vom April 2009 darauf hin, dass die geplante Maßnahme im Hinblick auf die Veröffentlichung des Anpassungsfaktors undifferenziert sei und die entsprechenden Verweismormen in den Landesgesetzen in unzulässiger Weise instrumentalisieren. In der Folge hätten die Landesgesetzgeber jedenfalls Ersatzregelungen zu treffen und in einigen Ländern das gesamte System der Landesbezüge zu ändern. Bei Untätigkeit des Landesgesetzgebers käme es aufgrund dieses Gesetzes aufgrund der massiven Differenzen bei den Bezügen zu wesentlich härteren Folgen bei kommunalen Mandataren, als auf Landes- oder Bundespolitiker.



II. Arbeitsschwerpunkte und Positionen

Leider wurden die Anliegen des Gemeindebundes nicht berücksichtigt, wodurch die Verantwortung auf die jeweiligen Landesgesetzgeber überwältigt wurde.

Auf Bundesebene werden die Bezüge erst per 1. Jänner 2011 wieder angepasst, da die nächste Veröffentlichung des Anpassungsfaktors durch den Rechnungshof zu diesem Zeitpunkt erfolgen soll.

Passgesetz

Im Februar 2009 ist die Novelle des Passgesetzes in Kraft getreten. Diese sieht in Umsetzung einer EU Verordnung die zwingende Speicherung von biometrischen Daten in Form von Fingerabdrücken vor. Im Vorfeld zu diesem Beschluss wurden vor allem der Verwaltungsmehraufwand der Gemeinden und die Investitions- und Administrationskosten angemerkt. Bislang konnte durchgesetzt werden, dass Gemeinden, die ihren Bürgern dieses Service anbieten möchten, weder für die Anschaffungskosten der Soft- und Hardware noch für die Kosten erforderlicher Einschulungsmaßnahmen aufzukommen haben. Da die Entgegennahme von Passanträgen durch Gemeinden eine wesentliche Entlastung der an sich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden darstellt, fordert der Österreichische Gemeindebund auch weiterhin eine finanzielle Entschädigung für diesen beträchtlichen Mehraufwand.

Antikorruptionsgesetz

Das mit 1. Jänner 2008 in Kraft getretene „Antikorruptionsgesetz“ barg hinsichtlich seines Anwendungsbereiches wie auch seines Geltungsbereiches vermehrte Rechtsunsicherheit in sich. So wurden vielerorts Einladungen vorbeugend nicht wahrgenommen bzw. angenommen. Die bestehenden Unklarheiten haben auch zu einer steigenden Zurückhaltung der Sponsoren im Zusammenhang mit Veranstaltungen sowie Kultur- und Sportereignissen geführt. Durch eine Präzisierung des Amtsträgerbegriffs und die Aufnahme von Ausnahmetatbeständen in dem im Juni 2009 zur Begutachtung ausgeschickten Änderungsentwurf werden viele Unsicherheiten geklärt. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Justiz wird noch in diesem Jahr eine Schriftenreihe herausgegeben, in der restliche Unklarheiten beseitigt und noch offene Rechtsfragen geklärt werden sollen.

Gebäude- und Wohnungsregistergesetz

Im Sinne einer Steigerung der Verwaltungs- und Kosteneffizienz wurde vom Österreichischen Gemeindebund bereits im Jahr 2007 eine Vereinheitlichung der adressbezogenen Register zur Vermeidung von Doppelgleisigkeiten gefordert. Im April 2009 wurde ein Entwurf einer Änderung des Gebäude- und Wohnungsregistergesetzes zur Begutachtung ausgesendet. Mit dem gegenständlichen Entwurf soll das als statistisches Register konzipierte GWR per

Gesetz zu einem Verwaltungsregister deklariert werden. Da diese Daten aber nicht die für Verwaltungsdaten notwendige Qualität aufweisen, sind sie in der derzeitigen Form als Grundlage für Verwaltungshandlungen nicht geeignet. Bislang waren Gemeinden lediglich verpflichtet, Daten für statistische Auswertungen abzuliefern.

Daten aus neuen Bauvorhaben wurden von den Gemeinden auf freiwilliger Basis als Verwaltungsdaten geführt. Der nun vorliegende Entwurf sieht aber eine generelle Verpflichtung zur Führung solcher Daten über das GWR vor. Zudem ist aus der Absicht des Gesetzgebers auf eine zwingende vollständige Nacherfassung aller Gebäude, Nebengebäude und Wohnungen zu schließen. Zwar wurde die Möglichkeit der Führung von bereits erhobenen Verwaltungsdaten über das GWR seitens des Österreichischen Gemeindebundes grundsätzlich als vorteilhaft angesehen. Da aber weder einer generellen Verpflichtung noch einer Nacherfassung der Daten jemals zugestimmt wurde und zudem eine immense finanzielle Belastung für die Gemeinden zu befürchten ist, forderte der Österreichische Gemeindebund vorsorglich Verhandlungen im Sinne des Konsultationsmechanismus.

Eine etwas entschärfte Version des GWR-Gesetzes wurde im Sommerministerrat Ende Juli 2009 verabschiedet.

Verpflichtendes Vorschuljahr und Gratikindergarten

Die 15a-Vereinbarung zur Kinderbetreuung über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen und der Antrag betreffend Rechtsanspruch auf einen kostenlosen Ganztagskinderbetreuungsplatz ab dem vollendeten 5. Lebensjahr hat den Nationalrat am 17. Juni 2009 passiert. Der Kindergarten wird ab Herbst 2009 im Ausmaß von 20 Wochenstunden für alle fünfjährigen Kinder österreichweit gratis und spätestens mit Herbst 2010 im Ausmaß von mindestens 16 bis 20 Stunden an mindestens vier Tagen in der Woche auch verpflichtend sein.



Der Bund stellt für das halbtags kostenlose und verpflichtende Kindergartenjahr 2009/2010 und 2010/2011 je 70 Millionen Euro zur Verfügung, die in erster Linie dem Ersatz der Elternbeiträge dienen sollen. Laut aktuellsten Zahlen der Statistik Austria gibt es derzeit österreichweit 80.710 Kinder im Alter von fünf Jahren, die im Herbst 2009 im Kindergarten sein

II. Arbeitsschwerpunkte und Positionen

sollen bzw. 2010 schulpflichtig sind. Der länderweise Aufteilungsschlüssel für die Mittel richtet sich nach diesen Zahlen. Demnach würde sich pro Kind eine Unterstützung von ca. € 800 ergeben (Auszahlung erfolgt in zwei Raten, September und Februar).

Aus kommunaler Sicht ist es gelungen, folgende wichtige Punkte aufzunehmen:

- Die Länder haben auch mit den Gemeinden über die Verwendung der Mittel zu verhandeln.
- Der Transport von Kindergartenkindern und Sonderprojekte können finanziell berücksichtigt werden.

Mit der Einführung des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres soll in erster Linie die Schulreife der Kinder gefördert werden. Die Artikel 15a - Vereinbarung nimmt ausdrücklich darauf Bezug, dass in dieser Zeit die Kinder auf die Schule vorbereitet werden sollen und in der Kinderbetreuungseinrichtung der Schwerpunkt auf die Bildungsaufgaben gelegt wird.

Der Österreichische Gemeindebund hat in diesem Zusammenhang auf die kompetenzrechtliche Problematik hingewiesen, dass das Bildungswesen auch nicht in Vollziehung eine Angelegenheit der Gemeinden ist. Auf Initiative des Ös-

terreichischen Gemeindebundes wird sich mit dieser äußerst heiklen Frage das bereits angesprochene wissenschaftliche Symposium am 5. November 2009 widmen.

Verpackungsverordnung

Nach Prüfung eines ersten Entwurfes einer Neuregelung der Verpackungssammlung (VVO und Novellierung des AWG) äußerte sich der Österreichische Gemeindebund kritisch und lehnte diesen Entwurf mit der Begründung entschieden ab, dass darin keine der kommunalen Forderungen – wie durchgängige Produzentenverantwortung oder kommunale Mitbestimmungsrechte – Berücksichtigung gefunden haben. In Folge wurden vom Ministerium weitere Verhandlungen in Aussicht gestellt, die zu einem adaptierten Verordnungsentwurf führten. Mit einer neuen VVO kann erst im Sommer 2010 gerechnet werden.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung

In der vorangegangenen Legislaturperiode wurden wesentliche Vorarbeiten für die Einführung einer „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ geleistet.

Diese soll soziale Mindeststandards festlegen und als Sprungbrett für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt dienen. In einer Art. 15a - Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern wurden die Eckpunkte festgehalten, welche im Anschluss in den entsprechenden Bundes- und Lan-

desgesetzes umgesetzt werden müssen. Noch haben nicht alle Bundesländer dieser Vereinbarung zugestimmt, mit einem Inkrafttreten ist daher erst 2010 zu rechnen.

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung soll folgende Punkte umfassen:

- einheitliche Voraussetzungen für den Bezug einer Leistung,
- einheitliche Regressbestimmungen,
- einheitliche Mindeststandards in der Leistungshöhe,
- und ein einheitliches eigenes Verfahrensrecht.

In mehreren Stellungnahmen kritisierte der Österreichische Gemeindebund die mangelnde Proportionalität in der Dynamik von Gemeindeaufwendungen und Bundesleistungen sowie die Deckelung der Nettozusatzkosten.

Gemäß der Vereinbarung sollen die Länder und damit auch die Gemeinden monatliche Geldleistungen zur Deckung des Lebensunterhaltes als Mindeststandard gewährleisten. Die Regelung sieht außerdem vor, dass die Mindeststandards in gleicher Weise erhöht werden wie die Ausgleichszulagenrichtsätze. Dies würde bedeuten, dass die Gemeinden an die Vorgaben des Bundes und somit auch an eine allfällige außerordentliche Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze gebun-

den wären, was zu erheblichen Kosten führen kann.

Gemäß Art. 21 des Entwurfs sind im Falle einer Überschreitung der vereinbarten Deckelung im Evaluierungszeitraum zwischen Bund, Ländern und Gemeinden über die künftige Kostentragung erneut Verhandlungen zu führen, um die Gesamtkosten wieder in den vereinbarten Rahmen zurückzuführen.

Der Gemeindebund vertritt die Ansicht, dass eine Verhandlungslösung nur unter Einbeziehung der Kommunen herbeigeführt werden darf, womit eine tatsächliche Deckelung der Nettozusatzkosten für die Gemeinden nicht nur bis 2011, sondern für die ganze FAG-Periode gewährleistet werden soll.

Der Österreichische Gemeindebund forderte daher zuletzt nach dem diesbzüglichen Beschluss im Ministerrat Ende Juli, dass der Bund nicht nur die Mehrkosten, die über den jährlichen Deckelungsbetrag von 50 Mio. Euro anfallen, bis 2011 zu tragen hat, sondern auch jene, die danach ohne eine entsprechende Verhandlungslösung anfallen.



Foto: Peter Korrak, © www.parlament.gv.at

II.d. Konjunkturpaket für Gemeinden

Zur Belebung der Investitionsbereitschaft und der Wirtschaft wurden neben diversen Initiativen der Länder vom Bund mehrere signifikante Maßnahmenpakete beschlossen. Im Herbst und Winter 2008/09 wurden zwei Konjunkturpakete vorgestellt.

Das erste der beiden Pakete umfasste im Wesentlichen Elemente der Kaufkraftstärkung, die im Wesentlichen in der Steuerreform umgesetzt werden konnten.

Das zweite Paket betrifft vor allem Maßnahmen im Investitionsbereich und umfasst ein Ausmaß von rund 2 Mrd. Euro, wobei der größte Anteil direkt aus dem Bundesbudget kommt, darunter u.a.:

- vorzeitige Abschreibung, (auch dieser Teil des Paketes verursacht Einnahmeausfälle bei den Gemeinden)
- Mitteleinsatz der BIG in der Höhe von 875 Millionen Euro für zwei Jahre ua. zur thermischen Sanierung
- 100 Millionen Euro für thermische Sanierung für Unternehmen und Haushalte
- Regionalförderung von je 2 x 75 Millionen Euro als Beschäftigungsoffensive.

Der Gemeindebund ist mit der Forderung nach einem ergänzenden **Ge-**

meindekonjunkturpaket in die Offensive gegangen. Tenor des Gemeindebundes war es dabei, dass die Investitionen des Bundes meist nur punktuell sind und nicht in die Fläche gehen. Die Gemeindeinvestitionen hingegen

- kommen zumeist KMU in einem Umkreis von 30 km zugute.
- haben die höchste Beschäftigungswirkung (auch dies ist für die Gemeinden essentiell, da man durch die steigende Arbeitslosigkeit auch einen Ausfall in der Kommunalsteuer zu erwarten hat.).
- sind auch flächendeckend; überdies wird laut Studie von Prof. Lehner (WIFO) ein Sechstel des Investitionsvolumens durch kleine Gemeinden geleistet.
- können auch eine positive Umweltwirkung entfalten. Hochgerechnet auf alle Gebäude der Gemeinden (ca. 61.000) wäre das eine Einsparung von rund 200.000 Tonnen CO² im Jahr.

Angesichts der Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes am 5. März 2009 folgendes Grundsatzpapier verabschiedet, das allen Klubobleuten und Regierungsmitgliedern übermittelt wurde und im tenor die folgenden 10 Punkte enthält:



1. Bei der Planung der Investitionen der Bundesimmobiliengesellschaft im Rahmen des Bundespaketes sollen zunächst die Bundesgebäude im strukturschwachen ländlichen Raum bevorzugt behandelt werden (Polizeidienststellen, Bundesschulen, Finanzämter, AMS-Einrichtungen, Gerichtsgebäude, etc.).
2. Derzeit befinden sich 61.578 Gebäuden im Gemeindebesitz, davon sind lt. Statistik 1.063 als Schulen ausgewiesen.
Start einer thermischen Sanierungsoffensive für kommunale Gebäude mit Förderungen des Bundes und der Länder (inkl. Bereitstellung einer eigenen Förderschiene für Gemeinden und ihrer Unternehmen für Projekte der thermischen Sanierung.)
3. Beim Ausbau der Kindergarteneinrichtungen müssen die Bauinvestitionen von Bund und Ländern mitgetragen werden (Vorbild NÖ).
4. Um einen Einbruch der Aufwendungen für das ländliche Wegenetz zu verhindern sollen die Förderschienen von Bund und Ländern ausgebaut werden.
5. Ausbau von Contracting-Modellen und Ausbau der Förderrichtlinien der Siedlungswasserwirtschaft.
6. Sicherstellung der Möglichkeit, dass Gemeinden Mittel aus dem Klimafonds für konkrete Projekte einsetzen können.
7. Umstellung der kommunalen Straßenbeleuchtung: Die meisten Beleuchtungskörper in den Gemeinden sind sehr alt und entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik.
Entwicklung geförderter Contracting-Modelle z.B. für Straßenbeleuchtung gemeinsam mit dem Bund und privaten Anbietern.
8. Vereinfachung des Vergabewesens und Prüfung, wie die Gemeinden die von der Krise betroffene Lokalwirtschaft direkt unterstützen können, ohne durch Ausschreibungen behindert zu werden.
9. Einbindung der Sozialpartner bei den Forderungen für die Gemeinden insbesondere in der Sparte Tourismus. Maßnahmen sind in diesem Bereich zu veranlassen, um strukturelle Probleme zu verhindern.
10. Zur Finanzierung der genannten Vorhaben wird verlangt, entsprechende Transferzahlungen an die Gemeinden bereitzustellen. Eine Konjunkturmilliarde für die Gemeinden löst Investitionen in vielfacher Höhe aus und si-

chert damit Arbeit und Beschäftigung für viele tausend Menschen. Alternativ sind Fondsmodelle unter gemeinsamer Beteiligung der öffentlichen Hand und privaten Instituten denkbar.

Die Initiative des Gemeindebundes wurde auch auf Präsidentenebene mit dem Städtebund koordiniert, dies mit dem Ziel, die Elemente des Investitionsprogrammes einerseits im Hinblick auf ihre Beschäftigungseffekte, und andererseits auf Klimaschutz zu priorisieren. Dabei wird auch entscheidend sein, wie schnell sich die Investition positiv auf die wirtschaftliche Lage auswirken wird. Neben wirksamen Fördermöglichkeiten sollen den Gemeinden vor allem Einrichtungen zur Verfügung stehen, die die freie Finanzspitze der Gemeinden vergrößern.

Vergaberecht - Schwellenwerteverordnung

Der Gemeindebund verlangte zur rascheren Umsetzung von Investitionsprojekten überdies die Anhebung der Schwellenwerte im Vergabeverfahren.

Nach intensiver Werbung für dieses Anliegen ist mit 30. April 2009 eine Schwellenwerteverordnung des Bundeskanzlers in Kraft getreten. Diese sieht eine deutliche Anhebung der Schwellenwerte für „Direktvergaben“ und „nicht offene Verfahren“ vor. Dadurch wird den Gemeinden ermöglicht, einfach und unbürokratisch viele Projekte umzusetzen. Langwierige Vergabeverfahren werden ebenso vermieden wie Zeitverzögerungen bei der Verwirklichung von Infrastrukturvorhaben.

II.e. Gemeindefinanzen

Die finanzielle Lage der Gemeinden hat sich in den letzten zwölf Monaten teils dramatisch zum Schlechteren verändert. Grund dafür ist die Wirtschafts- und Finanzkrise, die auch Österreichs Kommunen mit voller Wucht trifft. Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen sind nach einigen guten Jahren nun stark rückläufig, wohl auch beeinflusst durch die mit 1. Jänner 2009 rückwirkend beschlossene Tarifreform. Durch die steigende Zahl der Arbeitslosen bzw. auch durch die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung ist auch im Aufkommen der Kommunalsteuer ein Rückgang zu erwarten.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Gemeinden sind also, vor allem angesichts neuer Auf- und Ausgaben, sehr schwierig. Dennoch ist in solchen Zeiten gerade die öffentliche Hand gefordert, Investitionen zu setzen, um die Folgen einer Krise zu mildern. Die Gemeinden entziehen sich dieser Verantwortung nicht. Dafür ist es allerdings erforderlich, auch die Rahmenbedingungen des Stabilitätspaktes neu zu stecken. Die im Frühjahr durch das Parlament beschlossenen Budgetzahlen des Bundes machen dies umso mehr erforderlich. Die Gemeinden werden mit Maß und großer Sorgfalt die nötigen Investitionen setzen, auch wenn die Zeiten großer finanzieller Handlungsspielräume vorbei sind.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen			2008	2009	2010	2011
Beträge in Mrd. €	1.	BIP, real ¹⁾	244,5	239,2	240,4	244,0
		Steigerung gegenüber Vorjahr	+1,8%	-2,2%	+0,5%	+1,5%
	2.	BIP, nominell	282,2	280,1	283,9	291,9
		Steigerung gegenüber Vorjahr	+4,2%	-0,7%	+1,3%	+0,28%
	3a.	Lohn- und Gehaltssumme ²⁾	110,8	112,2	112,7	114,7
		Steigerung gegenüber Vorjahr	+5,1%	+1,3%	+0,5%	+1,7%
	3b.	Arbeitnehmerentgelt	137,1	139,3	139,9	142,3
		Steigerung gegenüber Vorjahr	+5,1%	+1,6%	+0,5%	+1,7%
	4.	VPI (Steigerung ggü Vorjahr)	+3,2%	+0,6%	+1,1%	+1,3%
in Mio €	5.	Ertragsanteile Länder	10.006,4	12.654,9	12.109,9	12.513,9
	6.	Ertragsanteile Gemeinden	7.914,8	7.659,5	7.366,2	7.663,6

¹⁾zu Jahrespreisen (Referenzjahr 2000) ²⁾brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge

II. Arbeitsschwerpunkte und Positionen

Durch die weiterhin anhaltende rückläufige Konjunkturlage werden sich auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegenüber der März-Prognose des WIFO ändern. Mit weiteren massiven Wirtschaftseinbrüchen – so die Wirtschaftsforscher – ist nicht zu rechnen.

Gemeindefinanzen

Der jährlich erscheinende Gemeindefinanzbericht dokumentiert die finanzielle Lage der Gemeinden aus dem letzten Rechnungsjahr.

Seit 2006 ist es möglich, den Gemeinden über www.kommunalnet.at ein umfangreiches Finanz-Benchmarking anzubieten. Dadurch kann jede Gemeinde ihre eigene Finanzlage mit den Durchschnittswerten des Bezirkes, des Landes und jenen von ganz Österreich vergleichen. Diese Serviceleistung an die österreichischen Gemeinden wurde durch die gute Kooperation mit der Kommunalkredit Austria und deren bereitgestelltes Zahlenmaterial ermöglicht.

Entwicklung der Gemeindeertragsanteile: Halbjahresbilanz 2009/2008 / Jänner bis August 2009/2008

Die Ertragsanteilvorschüsse für den Zeitraum Jänner bis August 2009 basieren auf dem Aufkommen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben für den Zeitraum November 2008 bis Juni 2009. Die Ertragsanteilvorschüsse weisen im Jahresver-



gleich einen Rückgang in Höhe von -2,58 % auf (siehe nachstehender Überblick). Hier spiegelt sich die sinkende konjunkturelle Lage wider, wie dies noch deutlicher am Monatsvergleich August 2009 / 2008 mit einem Minus an Ertragsanteilvorschüssen von 7,39 % aus der Tabelle zu ersehen ist. Die sogenannten Ländertöpfe zeigen dazu im Jahresvergleich unterschiedliche negative Dynamiken auf, die zum Teil auf das örtliche Aufkommen von Abgaben (Verteilungssystem im FAG), hauptsächlich aber auf die seit 1.1.2009 anzuwendende Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria zurück zu führen sind.

Entwicklung ausgewählter gemeinschaftlicher Bundesabgaben

Basierend auf der WIFO-Prognose vom März 2009, die die Konjunkturpakete, die Steuerreform und alle sonstigen getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung sowie die allgemeine Wirtschaftsentwicklung berücksichtigt, hat das Bundesministerium für Finanzen (BMF) betreffend die



in Euro	Monatsvergleich August			Periodenvergleich Jänner bis August		
	2008	2009	+/- %	2008	2009	+/- %
Bgl.	14.602.198	13.198.406	-9,61	130.214.715	124.697.973	-4,24
Ktn.	35.988.155	32.107.364	-10,78	324.334.976	306.876.767	-5,38
NÖ	90.603.997	84.615.503	-6,61	816.317.284	797.898.421	-2,26
OÖ	86.544.294	80.844.183	-6,59	785.205.228	762.476.172	-2,90
Sbg.	38.136.916	35.265.381	-7,53	348.323.584	336.579.024	-3,37
St.	70.216.187	66.257.619	-5,64	638.408.724	615.699.515	-3,56
T	47.630.136	44.455.126	-6,67	427.747.406	417.522.597	-2,39
Vbg.	25.849.264	23.271.845	-9,97	226.796.031	222.367.098	-1,95
W	140.846.266	129.409.251	-7,89	1.257.080.038	1.242.640.917	-1,15
Summe	550.057.413	509.424.678	-7,39	4.954.427.986	4.826.758.484	-2,58

Ertragsanteilvorschüsse an die österreichischen Gemeinden

Entwicklung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben und der daraus sich ergebenden Ertragsanteilvorschüsse für die Gemeinden folgende Einschätzung vorgenommen:

	Bundesabgaben, in Mio. Euro			
	2008	2009	2010	2011
Einkommensteuer	2.741,8	2.600,0	1.900,0	1.990,0
Lohnsteuer	21.308,4	20.000,0	20.300,0	21.800,0
KEST I	1.572,9	1.200,0	1.000,0	1.200,0
KEST II	2.177,4	1.800,0	1.800,0	2.100,0
Körperschaftsteuer	5.934,4	4.800,0	4.500,0	5.000,0
Umsatzsteuer	21.853,1	21.900,0	22.100,0	23.000,0

II. Arbeitsschwerpunkte und Positionen

Die prognostizierten Abgaben werden, sofern die stabilisierenden Maßnahmen der Bundesregierung greifen, keine allzu dramatischen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte haben. So erwartet man bei der Umsatzsteuer, die als aufkommensstärkste gemeinschaftliche Bundesabgabe gilt, einen jährlichen moderaten Zuwachs. Auch beim Lohnsteuerertrag ist die Entwicklung unter Berücksichtigung der Tarifreform (jährlich 2,300 Mio. Euro Minderaufkommen) als durchaus zufrieden stellend zu sehen.

Die derzeitige Wirtschaftslage lässt weitere Einnahmeminderungen bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gegenüber der oben angeführten Prognose erwarten. Diese werden aber nach Ansicht des Bundesministeriums für Finanzen eher moderat ausfallen.

Stabilisierende Maßnahmen des Bundes und deren budgetäre Auswirkungen

Wie der Großteil der europäischen Staaten befindet sich Österreich derzeit in einer Rezession. Nach der jüngsten WIFO-Prognose (März 2009) ist für das Jahr 2009 eine reale negative Wachstumsrate von 2,2 % zu erwarten. Einer der stärksten Wirtschaftsmotoren, nämlich die Exporte, werden nach dieser Prognose um etwas über 5 % an Leistung einbüßen. Der Arbeitsmarkt hat auf die Konjunkturabschwächung bereits reagiert; dies äußert sich in einem Anstieg

der Kurzarbeit sowie der Arbeitslosenrate im ersten Quartal 2009.

Zur Belebung der Investitionsbereitschaft der Unternehmen sowie zur Ankurbelung des privaten Konsums hat die Bundesregierung daher mehrere signifikante Maßnahmenpakete beschlossen:

- **Teuerungsabfederungsmaßnahmen:** Schwerpunkte Einführung einer 13. Familienbeihilfe und Senkung der Umsatzsteuer für Medikamente auf 10 %.
- **Konjunkturpaket 2008**
Im Oktober 2008 wurde mit dem Konjunkturpaket 2008 die sogenannte „Mittelstandsmilliarde“ beschlossen. Damit sollen Wachstumsimpulse für die österreichische Wirtschaft gesetzt und Unternehmensinvestitionen forciert werden.
- **Konjunkturpaket 2009**
Im November 2008 wurde das Konjunkturpaket 2009 beschlossen, dessen Schwerpunkte im Investitionsbereich liegen. Es beinhaltet folgende Maßnahmen: vorzeitige Abschreibung, Infrastrukturinvestitionen (Vorziehen von Bauprojekten der Bundesimmobilien-gesellschaft), Anreize zur thermischen Sanierung, regionale Beschäftigungsinitiative, zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung sowie das kostenlose Kindergartenjahr.

• **Steuerreform 2009**

Die vom Nationalrat rückwirkend per 1.1.2009 beschlossene Steuerreform 2009 sieht folgende Änderungen in einigen Abgabebereichen vor:

- Deutliche Senkung des Einkommen- und Lohnsteuertarifes
- Erhöhung des monatlichen Kinderabsetzbetrages von 50,9 Euro auf 58,4 Euro
- Anhebung der Steuerfreigrenze von 10.000 Euro auf 11.000 Euro
- Einführung eines Kinderfreibetrages von 220 Euro jährlich
- Ausweitung des Freibetrages für investierte Gewinne
- Abschaffung der begünstigten Besteuerung nicht entnommener Gewinne
- Steuerliche Absetzbarkeit von Spenden für mildtätige Zwecke
- Anhebung des Maximalbetrages der steuerlichen Absetzbarkeit von Kirchenbeiträgen von 100 Euro auf 200 Euro.

Dazu wurde noch die Verschrotungsprämie eingeführt und die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten beschlossen.

Die budgetären Effekte aller nationaler Stabilisierungspakete machen für die Gebietskörperschaften (also Bund, Länder und Gemeinden) rund 4,1 Mrd. Euro für das Jahr 2009 und rund 5,1 Mrd. Euro

für das Jahr 2010 aus. Die Gebietskörperschaften leisten bei allen abgabenrechtlichen Maßnahmen, die zu Aufkommensminderungen führen, entsprechend den im FAG 2008 geregelten Anteilen (einheitlicher Verteilungsschlüssel) ihren Beitrag.

Anwendung der Bevölkerungsstatistik ab 1.1.2009

Ab dem Jahr 2009 ist die Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria für die Ertragsanteilberechnung jährlich anzuwenden. Es ist dies eine der mit dem Paktum zum Finanzausgleich im Oktober 2007 beschlossenen Maßnahmen für die Laufzeit des Finanzausgleiches ab dem Jahr 2008.

Die künftige Anwendung der Bevölkerungsstatistik, die als Grundlage für die Verteilung der abgestuften Ertragsanteile ab dem Jahr 2009 gilt, stellt sich überblicksartig in einem Zeitplan wie folgt dar

2009:

Anwendung der vorläufigen Volkszahl mit Stichtag 31.10.2008

Anmerkung: Das endgültige Ergebnis der Volkszahl für das Jahr 2009 wird im Laufe des Jahres 2009 mittels einer sogenannten „Mini“-Registerzählung (Zusammenfassung der Register, Feststellung der Zahl der Klärungsfälle, u.a. auch jener der sogenannten „180-Tage“- und „90-Tage“-Regelung) festgestellt. Die Rückaufrollung der sich

II. Arbeitsschwerpunkte und Positionen

daraus ergebenden Verschiebungen von Gemeindeertragsanteilen zum 1.1.2009 erfolgt durch das BMF, dürfte aber nur zu marginalen Änderungen führen.

2010:

Anwendung der endgültigen Volkszahl zum Stichtag 31.10.2008

ab 2011:

Anwendung der Bevölkerungszahl zum Stichtag 31. Oktober des jeweils vorletzten Jahres; z.B. für das Jahr 2011 gilt die Bevölkerungszahl zum Stichtag 31.10.2009

Die länderweisen Einwohnerzahlen und der abgestufte Bevölkerungsschlüssel auf Basis der vorläufigen Zählungswerte zum Stichtag 31.10.2008 betragen:

	Bevölkerungszahl 31.10.2008		abgestufte Bevölkerungszahl 31.10.2008	
	Einwohner	in %	aBS	in %
Burgenland	282.779	3,393740	431.448,000	2,866953
Kärnten	560.100	6,721976	990.415,500	6,581267
Niederösterreich	1.603.838	19,248279	2.567.181,833	17,058810
Oberösterreich	1.409.561	16,916686	2.383.382,500	15,837472
Salzburg	527.486	6,330563	932.213,333	6,194517
Steiermark	1.206.222	14,476336	2.051.233,333	13,630355
Tirol	701.413	8,417928	1.163.926,167	6,734238
Vorarlberg	366.854	4,402756	622.932,667	4,139360
Wien	1.674.118	20,091736	3.906.275,333	25,957028
Summe	8.332.371	100,000000	15.049.008,667	100,000000



Einheitliche Bundesabgabenordnung für Bund, Länder und Gemeinden ab 1.1.2010

Mit dem Paktum zum Finanzausgleich ab 2008 haben die Finanzausgleichspartner vereinbart, die Abgabenverfahren des Bundes (BAO) und der Bundesländer (LAOs) zu harmonisieren und sind damit einer langjährigen Forderung der kommunalen Verwaltungsebene sowie auch der Wirtschaft nachgekommen. Mit dieser einheitlichen Abgabenordnung wird ein wesentlicher Teil der von den Finanzausgleichspartnern paktierten Verwaltungsreform umgesetzt. Zielsetzung war die Vereinheitlichung und damit Vereinfachung des Abgabenverfahrensrechtes.

Die neuen Bestimmungen der BAO wurden mit dem Gesetzspaket „Abgabenverwaltungsreformgesetz, BGBl I Nr. 20/2009“ kundgemacht.

Zur Umsetzung des Projektes wurde eine Arbeitsgruppe, dem Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen, der Bundesländer und der Gemeindeinteressenvertretungen angehörten, konstituiert.

Die Vereinheitlichung der Abgabenverfahren ist ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung für die mit der Materie befassten Abgabenbehörden der Länder und Gemeinden. Zur

Aufrechterhaltung der Rechtssicherheit sowie für künftige Änderungen der harmonisierten BAO soll ein gesetzlich verankertes Gremium, bestehend aus Vertretern der Gebietskörperschaften, installiert werden. Dies wird jedenfalls von den Landes- und Gemeindevertretern gefordert.

Über Initiative des Gemeindebundes wird die neue BAO als kommentierte Ausgabe in einem eigenen Buch erscheinen.

Abschaffung der Selbstträgerschaft

Mit dem Paktum zum Finanzausgleich ab 2008 wurde überdies vereinbart, die sogenannte „Selbstträgerschaft“ für Bund, Länder und Gemeinden abzuschaffen. Betroffen waren nur die Gemeinden, deren Einwohnerzahl 2.000 überstieg. Die Abschaffung der Selbstträgerschaft führt zu Mehrausgaben der bisherigen Selbstträger, weil die höheren Ausgaben für den Dienstgeberbeitrag für die gewährten Arbeitslöhne an die Gemeindebediensteten die Ersparnisse aus der bisherigen Leistung der Familienbeihilfe übersteigen. Vereinbart wurde mit dem FAG 2008 ein kostenneutraler Ausgleich auf Basis des Erfolges des Jahres 2007.

Die Erhebung der Auswirkungen der Abschaffung der Selbstträgerschaft wurde im Rahmen einer kleinen Arbeits-

II. Arbeitsschwerpunkte und Positionen

gruppe des Bundes, der Länder und der Gemeinden begleitet. Die Daten wurden, soweit es die Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von über 2.000 betroffen hat, mit den Gemeindeabteilungen der Bundesländer auf ihre Plausibilität hin geprüft.

Auf Basis des erhobenen Datenmaterials hat der Bundesminister für Finanzen die Auswirkungen auf die Gebietskörperschaften, also auch auf die Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von über 2.000 mittels Verordnung (BGBl II 421/2008) kundgemacht.

Finanzinformationssystem

Ab dem Jahr 2009 beruht die Prognose für die abgestuften Ertragsanteile, die für den jährlichen Voranschlag benötigt werden, auf sich laufend ändernden Einwohnerzahlen. Es wird künftig hin nicht mehr wie bisher die Konstante „Einwohnerzahl“ (für den Zeitraum von 10 Jahren), sondern die Variable „Bevölkerungszahl“ mit den Prognosen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben (diese bilden die Grundlage für die Gemeindeertragsanteile) zu verknüpfen sein. Ein methodischer Lösungsansatz könnte darin liegen, indem die abgestuften Ertragsanteile je Einwohner und je Größenklasse berechnet werden. Die abgestuften Ertragsanteile einer Gemeinde könnten so relativ einfach durch

eine Multiplikation der prognostizierten abgestuften Ertragsanteile pro Einwohner mit der Bevölkerungszahl der Gemeinde zum jeweiligen Stichtag und zwar jeweils zum 31.10. veranschlagt werden. Der Österreichische Gemeindebund arbeitet derzeit mit dem Bundesministerium für Finanzen an dem Projekt „Finanzinformationssystem“. Dieses soll den Gemeinden für den jährlichen Voranschlag die notwendigen Einnahmedaten liefern.

Richtlinien für kommunale Finanzgeschäfte

Nachdem der Staatsschuldenausschuss im Dezember 2008 die Erstellung von Richtlinien in Bezug auf eine verpflichtende, unabhängige Auskunftseinholung in Finanzangelegenheiten von Gemeinden empfohlen hatte, reagierte der Österreichische Gemeindebund sofort auf den dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Aufklärung der Gemeinden über Risikogeschäfte.

Zur Entwicklung eines Konzepts zur bundesweiten, akkordierten Vorgangsweise im Sinne der besagten Empfehlung des Staatsschuldenausschusses errichtete der Österreichische Gemeindebund das Expertengremium „**Treasury für Kommunen**“, das sich aus hochrangigen Vertretern der Finanzmarktaufsicht, des Rechnungshofes, der Österreichischen Nationalbank,

Städtebund sowie der Kammer der Wirtschaftstreuhandler zusammensetzte.

Ziel dieses Expertengremiums war die Erstellung von entsprechenden Empfehlungen, die den Gemeinden Hilfestellung bei künftigen Veranlagungen und Finanzierungen leisten sollen.

Nach mehreren arbeitsreichen Sitzungen fand das Projekt einen erfolgreichen Abschluss in der Erarbeitung der „Richtlinien betreffend das Finanzierungs- und Veranlagungsmanagement (Finanzgeschäfte) durch Gemeinden“.

In weiterer Folge plant der Österreichische Gemeindebund nun das entsprechende Know How auch in die Gemeinden zu tragen (z.B. durch Kurse für Bürgermeister und Gemeindebedienstete an den Verwaltungsakademien) sowie durch spezielle Schulungen das Fachwissen der Gemeindeaufsichtsbehörden noch weiter auszubauen.

Pilotprojekte zur Einheitswertermittlung

Im Sinne der Effizienz in der Verwaltung und zur Beschleunigung und Vereinfachung der Einheitsbewertung des Grundvermögens laufen bereits seit dem Jahr 2006 mehrere Pilotprojekte unter Einbindung der Gemeinden zur Aufbereitung der Entscheidungsgrundlagen.

Während es im ersten Schritt noch um die Unterstützung der Finanzämter beim Rückstandsabbau durch die Gemeinden und die Beschleunigung bestimmter operativer Handlungen ging, kristallisierten sich im Laufe des Projektes weitere Ansatzpunkte für verwaltungsvereinfachende Maßnahmen heraus.

Getränkesteuer

Nach vielen Jahren rechtlicher Auseinandersetzung schlossen der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund im Frühjahr 2008 mit der WKÖ eine Vereinbarung über die teilweise Rückzahlung der gemeinschaftsrechtswidrig erhobenen Abgabe auf alkoholische Getränke, die vom Lebensmittelhandel bezahlt worden war. Zentrales Element der Vereinbarung war die Rückzahlung der Getränkesteuer für den Handel in Höhe von 15 % der Getränkesteuer bis spätestens 30. April 2009 vor.

Im Zuge der Verhandlungen wurde vom Handel das Rückzahlungsvolumen auf insgesamt rund € 30 Mio. geschätzt.

Der Bund zeigte Bereitschaft, sich finanziell an dieser Rückzahlung zu beteiligen, dies wurde dem Österreichischen Gemeindebund vom ehemaligen Finanz-

II. Arbeitsschwerpunkte und Positionen

minister Mag. Molterer zugesichert. Dem lag die Überlegung zugrunde, die aus der Getränkesteuer-Rückzahlung zu erwartenden Mehreinnahmen an Körperschaftssteuer an die betroffenen Kommunen im Wege einer Einmalzahlung von € 7,5 Mio (das entsprach 25% des prognostizierten Volumens) in Form von Bedarfszuweisungsmitteln rückzuführen.

Nach Einlangen der Getränkeabgabeforderungen des Handels Anfang Dezember 2008 zeigte sich jedoch, dass das tatsächlich gemeldete Rückzahlungsvolumen rund € 45,8 Mio. ausmachte.

Im Sinne der Vereinbarung erfolgte die bescheidmäßige Erledigung durch die Gemeinden erfolgte hinsichtlich des ebenfalls vereinbarten Zeithorizonts fristgerecht bis 31. März 2009.

Aufgrund der nun wesentlich höher ausgefallenen, als ursprünglich angenommenen, Rückzahlungsverpflichtung der Gemeinden forderte der Österreichische Gemeindebund eine entsprechende Erhöhung des Bundesanteiles, indem wie ursprünglich zugesagt 25% des Rückzahlungsvolumens beigesteuert werden sollte, das heißt rund € 11,4 Mio..

Mit einer Entscheidung seitens des Bundes für eine Novelle zum FAG und die damit verbundene Auszahlung der Mittel ist bis Herbst zu rechnen.

Sitzungen mit dem BMF und den Gemeindeaufsichtsbehörden

Im Hinblick auf die budgetären Erfordernisse ist es bereits zur guten Tradition des Bundes, der Länder und der kommunalen Interessensvertretungen geworden, mindestens zweimal im Jahr zusammenzutreffen, um die finanziellen Rahmenbedingungen von Voranschlag und Rechnungsabschluss der Gemeinden zu beraten. Diese Sitzungen befassen sich auch mit anderen finanziellen Themen und finden regelmäßig im Herbst und im Frühjahr statt und stehen unter der Ägide des Österreichischen Gemeindebundes. Bei den in den Berichtszeitraum abgehaltenen Sitzungen wurden folgende Schwerpunkte erörtert:

Sitzung am 3. November 2008:

- Steuereinnahmen, Entwicklung der Gemeindeertragsanteile und erste Bewertungen der Auswirkungen der internationalen Finanzkrise
- Aktuelle Daten zu Stabilitätspakt und Maastricht-Statistik
- Erste Ergebnisse der Probezählung zur Bevölkerungsstatistik
- Rückabwicklung der Getränkesteuer
- Abschaffung der Selbstträgerschaft
- Pilotprojekte zur Einheitswertermittlung
- Studie: Genossenschaftliche Lösung von Gemeindeaufgaben“
- Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie

Sitzung am 27. April 2009:

- Kommunales Risikomanagement und Treasury für Kommunen
- Wirtschaftsentwicklung und Prognose der Ertragsanteile
- Finanzinformationssystem für Gemeinden
- Bundesabgabenordnung NEU

II.f. Projekte

Kommunale Interessensvertretung erfolgt nicht nur durch Einflussnahme bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen, sondern auch durch Beispielwirkung und Vorbildaktionen. Der Gemeindebund kann in dieser Hinsicht für den Berichtszeitraum besonders auf seine Initiativen und Projekte zum Klimaschutz und zur Förderung der Familienfreundlichkeit in den Gemeinden verweisen.

Klimaschutzoffensive

Gemeinsam mit dem Klimabündnis Österreich und dem privaten Wetterdienst Ubimet hat der Gemeindebund ein wegweisendes Projekt beim Klimafonds (KLIEN) zur Förderung und Unterstützung eingereicht. Im Rahmen dieses Projekts soll den Gemeinden flächendeckend eine umfassende und kostenfreie Beratungsdienstleistung für mehrere Jahre zur Verfügung gestellt werden. Ausgebildete Klimacoaches machen sich in den Gemeinden ein Bild vom Ist-Zustand und beraten die

Kommunen in der weiteren Vorgangsweise. Parallel dazu wird in der Gemeinde selbst ein „Klimalotse“ ausgebildet, der als erste Anlaufstelle für Fragen aus der Bevölkerung dienen soll. Dokumentiert werden etwaige Projekte und Anstrengungen dann mittels eines Klimarechners, der laufend ausweisen kann, ob und wie sich die CO₂ Bilanz der Gemeinde verbessert.

Klima und Energieprojekt

Der Österreichische Gemeindebund hat ein neues Umweltprojekt ins Leben gerufen. Dieses setzt sich zum Ziel, die Gemeinden durch umfassende Information und Beratung über bestehende Energieeinsparungs-, Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten zu motivieren, einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz zu leisten. Eine Darstellung und Erläuterung von gemeinderelevanten Wettbewerben und Umweltschutzprogrammen sollen das Informationsangebot ergänzen und ein zusätzlicher Anreiz sein, „klimaaktiv“ zu werden.

Familienfreundliche Gemeinde

Der Gemeindebund hat nach längeren Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend das Projekt „Familienfreundliche Gemeinde“ nunmehr vom Bundesministerium für die operative Umsetzung übernommen, er ist nun für die organisatorische Abwicklung der Auditseminare und die Koordinierung des Auditprozesses

II. Arbeitsschwerpunkte und Positionen

zuständig. Die Veranstaltungen sollen in enger Abstimmung mit den Landesverbänden und den zuständigen Landesstellen abgewickelt werden. Die Vertragsunterfertigung erfolgte Anfang Juli 2009.

Tourismusnetzwerk

Obwohl der Tourismus für die österreichische Volkswirtschaft eine große und wichtige Rolle spielt, wird die Bedeutung vor allem der kleinen Gemeinden für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft bei weitem unterschätzt.

Der Österreichische Gemeindebund hat daher bereits im Jahr 2008 unter der Federführung von Prof. Peter Zellmann eine tourismuspolitische Initiative, das Projekt „Tourismusnetzwerk“, gestartet. Ausgehend von der erfolgreichen „Tourismus - Modellregion Neusiedlersee“ soll letztlich ein Masterplan für Tourismus erstellt werden, in dem Strategien für die Zukunft

der Tourismus- und Freizeitwirtschaft im ländlichen Raum erarbeitet werden.

ARGE „Österreichische Güteanforderungen für Erzeugnisse im Siedlungswasserbau“

Unter dem Vorsitz des Österreichischen Gemeindebundes wurde die Erarbeitung der Broschüre „Qualitätssicherung bei Ingenieur- und Bauleistungen“ abgeschlossen. Die Berufsvertretung der Ingenieurkonsulenten wirkte ebenso mit wie die Vertretungen der Technischen Büros, der Planenden Baumeister und der Bundesinnung Bau. Die Broschüre dient als Leitfaden und Information für Auftraggeber (Bürgermeister) und Bauherren in Angelegenheiten des Siedlungswasserbaus. Sie soll durch das Anheben der Qualität die Instandhaltungs- und Betriebskosten minimieren und die Lebensdauer von Erzeugnissen in der Siedlungswasserwirtschaft erhöhen.





III. Europäische Aktivitäten

III. Europäische Aktivitäten

III.a. Aktivitäten des Büros Brüssel

Inhaltlich hat sich das Brüsseler Büro im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit dem Energie- und Klimapakete der EU-Kommission, den daraus resultierenden Vorschlägen von Rechtsakten und dem EU-Bürgermeisterkonvent für Energie auseinandergesetzt. Die Eröffnungszeremonie dieses Konvents fand am 10. Februar 2009 im Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Brüssel statt, an der die Gemeinden Munderfing, Wolfurt, Laxsee und Laxenburg als ausgewählte Unterzeichner des Konvents teilnahmen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Österreichischen Gemeindebund und den österreichischen Mitgliedern im Europäischen Parlament (EP) wurde weiterhin gepflegt. Der Österreichische Gemeindebund hat gegenüber den Mitgliedern des EP etwa die Bedenken zur Patientenrichtlinie artikuliert und Positionen zum europäischen Wirtschaftsaufschwungsplan (European Recovery Plan) und zur Richtlinie (RL) für die Energieeffizienz von Gebäuden vorgelegt.

Unter Federführung des RGR hat sich das Büro Brüssel am Konsultationsprozess der EU-Kommission zu den Grünbüchern zur Territorialen Kohäsion und zur Bewirtschaftung von Bioabfall beteiligt. Vor allem beim ersten der beiden Dokumente ist das Ziel

die Erreichung einer Balance zwischen räumlicher, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Dadurch sind insbesondere die ländlichen Gemeinden betroffen. Weitere Themen während der tschechischen Ratspräsidentschaft waren selbstverständlich auch die Wahlen zum Europäischen Parlament und der Ratifizierungsprozess des Vertrages von Lissabon, der noch im Gange ist.

Direkte Anfragen an das Brüsseler Büro betrafen vor allem Fördermöglichkeiten im Bereich der Gemeindepартnerchaftsprogramme der EU-Kommission, den EU-Bürgermeisterkonvent sowie die Herstellung von Kontakten in den Institutionen in Brüssel. Über die Vorbereitung und Koordination der AdR-Arbeit hinaus gab es auch punktuelle Kontakte mit den Landeseuropaabteilungen einzelner Bundesländer.

III.b. Vertretungen

Der Österreichische Gemeindebund ist in den internationalen Gremien und Vereinigungen im Berichtszeitraum wie folgt vertreten gewesen:

Ausschuss der Regionen AdR: Bgm. Erwin Mohr (Wolfurt) und VBgm. Marianne Fügl (Traisen) als Mitglieder sowie Bgm. Johannes Peinsteiner (St. Wolfgang/Wolfgangsee) als Stellvertreter.

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE): Bgm. Peinsteiner neues Mitglied und Bgm. Mohr und VBgm. Fügl als Stellvertreter.

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und im weltweiten UCLG: Bgm. Arnold Marbek (Poggersdorf, Kärnten) und Bgm. Peinsteiner.

Ausschuss der Regionen

Die im April 2008 neu ernannten Mitglieder des Österreichischen Gemeindebundes haben ihre Arbeit im AdR weiterhin mit viel Elan und Interesse an den legislativen Prozessen der EU fortgesetzt. Bgm. Mohr vertritt den Gemeindebund im Präsidium des Ausschusses der Regionen sowie in der Fachkommission für nachhaltige Entwicklung (DEVE), VBgm. Fügl ist in den Ausschüssen für nachhaltige Entwicklung (DEVE) sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik (ECOS) tätig. Außerdem ist Marianne Fügl seit diesem Frühling Berichterstatterin über die Mitteilung der Europäischen Kommission „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“, deren Bericht sie im September der Fachkommission ECOS zur Abstimmung vorlegen wird. Bgm. Peinsteiner konzentriert seine Aktivitäten auf die Fachkommission für Kohäsionspolitik und Verkehr (COTER).

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten zählten auch im Ausschuss der Regionen das Energiepaket und somit auch

das Thema Energiestrategie und Energieleistung von Gebäuden. Auch die Patientensicherheit und die Rechte der Verbraucher wurden im AdR sehr intensiv erörtert, da eine Vollharmonisierung der Standards nach Ansicht vieler mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht vereinbar ist.

Ende November 2008 nahm Bgm. Mohr als Vertreter des RGRE am vom AdR organisierten strukturierten Dialog über das Arbeitsprogramm der EU-Kommission teil. Der strukturierte Dialog ist ein Kommunikationskanal zwischen der Europäischen Kommission, dem Ausschuss der Regionen und den Verbänden der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Er ermöglicht und erleichtert die Konsultation der EU-Kommission der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in der prälegislativen Phase der EU-Politik. Inhaltlich konzentrierte sich Bgm. Mohr im Rahmen dieser Sitzung vor allem auf die EU-Klimapolitik und den Bürgermeisterkonvent für Energie.

Bgm. Mohr hatte außerdem am 26. Mai 2009 die Möglichkeit, als Vertreter des Gemeindebundes und des RGRE am Strukturierten Dialog mit EU-Vizepräsidentin Wallström teilzunehmen und diese Sitzung zeitweise auch zu leiten.

Im Rahmen dieses Dialoges wurde die jährliche Strategieplanung der Europäischen Kommission für 2010 mit



III. Europäische Aktivitäten

den Schwerpunkten wirtschaftlicher und sozialer Wiederaufschwung, Klimawandel und nachhaltige Entwicklung Europas erörtert. Mohr legte dabei die zwischen Gemeindebund und RGRE abgestimmten Positionen insbesondere zu den Themen Konjunkturpaket und Klimawandel dar.

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, KGRE

Vom 3. bis 5. März 2009 fand die 16. Plenartagung des KGRE in Straßburg statt. Die Schwerpunkte der Sitzung waren die euromediterrane Partnerschaft, sowie die Auswirkung der Finanzkrise auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie „Good Governance“ als Schlüssel zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen.

Rat der Gemeinden und Regionen Europas, RGRE

Für den Gemeindebund ist der RGRE ein wichtiger Partner bei der Aufbereitung von europäischen Gesetzesvorhaben. Kommunalrelevante EU-Gesetzgebung wird geprüft, in den Arbeitsgruppen diskutiert und schließlich werden den europäischen Institutionen Änderungsvorschläge unterbreitet.

Der Europäische Dachverband der kommunalen Verbände hielt seit dem letzten Gemeindetag zwei Hauptausschusssitzungen ab, nämlich im Dezember 2008 in Paris und im April 2009 in Malmö. Die

zweite Sitzung fand im Rahmen der Generalversammlung des RGRE statt, der auch als Europäischer Gemeindetag einer großen Anzahl an kommunalen Entscheidungsträgern die Möglichkeit des Diskurses über aktuelle Probleme ermöglicht.

Der Österreichische Gemeindebund nahm an dieser alle drei Jahre stattfindenden Veranstaltung unter Führung von Präsident Mödlhammer, GS Hink und Bgm. Peinsteiner teil.

Bgm. Peinsteiner nützte die Gelegenheiten, um über gute Beispiele der kommunalen Praxis in den Bereichen Energieeffizienz und Klimaschutz zu referieren.

III.c. Kommunale Fach- und Bildungsreisen nach Europa

Im Berichtszeitraum besuchten **Kommunalvertreter und Schülergruppen** die Vertretung des Österreichischen Gemeindebundes in **Brüssel**. Bei der ersten Kategorie handelt es sich dabei großteils um Bürgermeister, Gemeindevandatare, aber auch Gemeindevandatare, die in Begleitung ihrer Mitbürger eine Reise nach Brüssel organisieren, um ihren Wissenshorizont über die EU zu erweitern. Dementsprechend konnten kommunale Delegationen aus politischen Bezirken und auch aus einzelnen Gemeinden, ins-



gesamt 64 Personen, empfangen werden. Auch Schüler- und Studentengruppen sind auf den Österreichischen Gemeindebund bereits aufmerksam geworden. Dazu werden Vorträge über die Rolle der kommunalen Interessenvertretung und Lobbying in Brüssel organisiert. Dies nutzte im Berichtszeitraum etwa der Jugendlandtag Burgenland (24 Personen) und die Weinbauschule Klosterneuburg mit einer Delegation von 36 Personen.

Die **Bürgermeisterreisen in die EU-Hauptstädte** führten im Oktober 2008 nach Paris und im Mai 2009 nach Südböhmen und Prag. In Paris lag der Schwerpunkt der Interessen auf den französischen Kommunalverbänden AMF (Bürgermeisterverband) und APVF (Kleinstädteverband), es fanden jedoch auch Gespräche im Außenministerium statt.

Die Bürgermeisterreise nach Südböhmen und nach Prag wurde in Zusammenarbeit mit dem OÖ Gemeindebund

organisiert, der rege Kontakte zum südböhmischen Städte- und Gemeindeverband unterhält. So konnte am ersten Tag der Reise im malerischen Hluboka eine Diskussionsveranstaltung mit den Kollegen des südböhmischen Kommunalverbandes zum Thema Daseinsvorsorge besucht werden. Am Folgetag sah das Programm in Prag einen Besuch beim Präsidenten des tschechischen Oberhauses und beim erst kürzlich angelobten Minister für Regionalentwicklung vor. Ein Gedankenaustausch mit dem Schwesterverband, dem Tschechischen Städte- und Gemeindebund sorgte dafür, dass auch diese Reise ihrem Anspruch gerecht wurde, vor allem die Kontakte zu den Schwesterverbänden aufzubauen und zu intensivieren.

Wegen des großen Erfolges der Bildungsreisen in die Ratshauptstädte werden auch die kommenden EU-Ratspräsidentenschaften mit österreichischen Gemeindegemeinschaften beehrt werden. Vom 15. bis 17. Oktober 2009 werden kommunale Mandatäre gemeinsam mit Spitzenvertretern des Gemeindebundes eine Fach- und Bildungsreise in die schwedische Hauptstadt Stockholm unternehmen. Da diese Reise bereits ausgebucht ist, bleibt außerdem die Vorschau auf die spanische Präsidentschaft im Frühjahr 2010. Der Gemeindebund wird in seinen Medien rechtzeitig über die Anmeldemodalitäten für diese Reise berichten.



III. Europäische Aktivitäten

III.d. Bilaterale Zusammenarbeit

Im Zuge der Vorbereitungen der Bürgermeisterreise nach Paris kristallisierte sich ein starkes Interesse des französischen Kleinstädteverbandes APVF an einer Zusammenarbeit mit dem Gemeindebund vor allem bei Fragen der ländlichen Entwicklung heraus. Die APVF übernahm die Federführung beim Aufbau eines derartigen europäischen Netzwerkes, dem etwa auch der deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) angehört und lud Ende Oktober 2008 zu einem Netzwerktreffen nach Budapest. An dieser Veranstaltung nahmen seitens des Gemeindebundes Bgm. Marbek und Bgm. Mohr teil, und es konnten die in Paris geknüpften Kontakte intensiviert werden. Insbesondere das Zusammentreffen mehrerer „gleichgesinnter“ AdR-Mitglieder in informellem Rahmen wurde von den Teilnehmern als äußerst positiv beschrieben.

Vom 1. bis 3. April 2009 fand in Rheine (Nordrhein-Westfalen) die dritte Konferenz der Verbände der kleineren und mittleren Städte und Gemeinden in Europa statt, um über das Thema „Kommunen und Europa“ zu diskutieren. Der DStGB hatte gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen zu dieser dreitägigen Konferenz eingeladen. Dort wurde vor allem die besondere Stellung, Bedeutung und Rolle der Gemeinden angesichts der zunehmenden Globalisierung in der Europäischen Union hervorgehoben.

Im Übrigen konzentriert sich die Zusammenarbeit mit dem DStGB weiterhin auf die Themen Daseinsvorsorge und ländlicher Raum.

Ende Juni 2009 fand überdies die 4. tschechisch-österreichische Bürgermeisterkonferenz unter dem Motto „Gelebte Partnerschaft – Wirtschaftliche Entwicklung im Grenzgebiet nach dem Fall des Eisernen Vorhanges“ in Raabs statt.

Diese unter der Patronanz der Österreichischen Botschaft in Prag stehende Konferenz lockte über 150 kommunale Mandatäre aus den beiden Nachbarländern an. Grußworte überbrachten von österreichischer Seite unter anderem die Organisatorin Botschafterin Dr. Margot Klestil-Löffler, LR Mag. Johanna Mikl-Leitner und Präs. Bgm. Helmut Mödhlhammer. Die Fachvorträge befassten sich mit Energieversorgung und Umweltschutz mit dem Schwerpunkt Alternativenergien und Deponierung.

III.e. Projekte

Das Projekt „Europaschirm“, eine gemeinsame Initiative der Gemeindebundes mit der Wirtschaftskammer und dem Bundeskanzleramt verlief überaus erfolgreich. Mehr als 120 Gemeinden haben das Angebot in Anspruch genommen, den Europaschirm, samt aus-

giebigem Info-Material und kompetenten Ansprechpartnern für Veranstaltungen in der Gemeinde kostenfrei zu nutzen. Damit haben die Gemeinden einen wesentlichen Beitrag zur sachlichen Information über Europa geleistet.

Erhebung von Gemeindepartnerschaften

Von März bis Juni 2009 fand in Kooperation mit dem „Europe for Citizens Point Austria“ im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und dem Österreichischen Städtebund

eine Erhebung der aktuellen Anzahl und Intensität der Partnerschaften, die österreichische Gemeinden mit Kommunen im Ausland geschlossen haben, statt. Die Umfrage erfolgte über ein Online-Formular und richtete sich an alle Gemeinden, auch an jene, die keine Partnerschaft haben.

Ziel der Erhebung ist, eine vollständige Datenbank über die Gemeindepartnerschaften in Österreich anzulegen und eine Publikation der Ergebnisse Ende des Jahres 2009.

IV. Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Österreichischen Gemeindebundes hat sich in den vergangenen Jahren stark professionalisiert und vervollständigt. Sie beinhaltet viele Elemente und vielfältige Aktivitäten. Unter „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ lassen sich nicht mehr nur die klassischen Kontakte zu Journalisten oder Zeitungen subsummieren, integrierte Öffentlichkeitsarbeit enthält erheblich mehr Elemente, die dazu führen, dass der Gemeindebund in verschiedenster Form als öffentlicher Player wahrgenommen wird. Dies ist vor allem deshalb notwendig, weil der Druck der Öffentlichkeit ein starkes Instrument einer Interessensvertretung ist. Öffentlicher Druck schafft Verständnis für die Anliegen der Gemeinden bei der Bevölkerung.

Dem entsprechend vielfältig sind inzwischen die öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen und Aktionen des Gemeindebundes. Die klassische Pressearbeit ist dabei einer von mehreren Teilen. Hinzu kommen Wettbewerbe, Kampagnen, Marketingmaßnahmen, usw... Der Gemeindebund agiert in diesem Bereich sowohl alleine, als auch gemeinsam mit Partnern. In den letzten Jahren wurde hier ein überaus dichtes und erfolgreiches Netzwerk mit anderen Institutionen (Ministerien und ähnliche Einrichtungen) sowie mit Medienpartnern (ORF, ProSieben, Kurier, Kleine Zeitung, OÖN, Salzburger Nachrichten, Die Furche, u.v.m.) geknüpft.

IV.a. Pressekonferenzen und Pressemitteilungen

Einen wichtigen Teil der Öffentlichkeitsarbeit stellen die Kontakte zu Journalisten und regelmäßige Presseaussendungen und -konferenzen dar. Über die Austria Presse Agentur (APA) haben tausende Journalisten, Institutionen und Pressestellen Zugang zu Informationen des Gemeindebundes. Fast 800 Journalisten in ganz Österreich werden darüber hinaus regelmäßig per E-Mail über die Aktivitäten und Positionen des Gemeindebundes informiert, welche in mehr als 100 Zeitungsmeldungen pro Jahr Niederschlag finden. Dazu kommen zahlreiche Berichte in Radio- und Fernsehstationen. Pressekonferenzen mit Präsident Helmut Mödlhammer (oftmals gemeinsam mit Partnern) sind zu Fixterminen in den Kalendern der heimischen Journalisten geworden. Mehrfach war Präsident Mödlhammer schon Gast in den Top-Nachrichtensendungen des ORF, Beiträge in meinungsbildenden Medien wie den Ö1-Nachrichtenjour-



nalen nehmen ständig zu. Das ist deshalb wichtig, weil diese Sendungen in weiterer Folge auch zu erhöhter Präsenz in anderen Medien führen.

Alle Pressemeldungen und –unterlagen des Gemeindebundes stehen zusätzlich am gleichen Tag auf der Homepage www.gemeindebund.at zur Verfügung. Der Gemeindebund stellt auf seiner Homepage auch Audio-O-Töne zur Verfügung, die vor allem von regionalen Radiostationen sehr intensiv genutzt werden.

Für die Öffentlichkeitsarbeit des Gemeindebundes sind auch größere Veranstaltungen wie der Österreichische Gemeindetag oder die kommunalen Sommergespräche in jedem Jahr eine besondere Herausforderung. Durch die stetig hohe Dichte an höchst prominenten Gästen aus Staat und Wirtschaft steigt auch das Interesse der Medien an diesen Großevents.

Kampagne:
„Meine Gemeinde sorgt dafür...“

Über das Jahr 2008 hat der Österreichische Gemeindebund auch erstmals eine breit angelegte und höchst erfolgreiche Imagekampagne für die Gemeinden durchgeführt. Unter dem Motto „Meine Gemeinde sorgt dafür...“ wurden insgesamt fünf verschiedene Sujets zur Verfügung gestellt, die die Gemeinden für Ihre



Gemeindezeitungen verwenden konnten. Ergänzend dazu gab es frei verfügbare Musterartikel, die die Bevölkerung über die vielfältigen Leistungen, die Gemeinden tagtäglich erbringen, aufklären sollten.

Die Sujets konnten die Gemeinden auch in Plakatform bestellen, um sie in ihren Schaukästen oder in den Räumen der Gemeindeämter auszuhängen. Die Aktion war so erfolgreich, dass sie zum Teil sogar kopiert wurde.

Im Herbst 2009 wird sie daher erneut und aktualisiert durchgeführt werden.

IV.b. Wettbewerbe

Die Teilnahme oder Durchführung von Wettbewerben ist für den Gemeindebund ein wichtiges Element der Öffentlichkeitsarbeit. Diese Bewerbe bieten für die teilnehmenden Gemeinden die Chance auf Wahrnehmung, über die Grenzen der eigenen Gemeinde oder des Bundeslandes hinweg. Inzwischen hat die Dichte der landes- und bundesweiten Wettbewerbe aber dermaßen zugenommen, dass der Gemeindebund sehr sorgfältig auswählt, bei welchen Bewerben er sich engagiert und seinen Gemeinden die Teilnahme empfiehlt. Bei jenen Wettbewerben, die der Gemeindebund unterstützt, bitten wir daher aber auch die Gemeinden um verlässliche Teilnahme.

„Klimafreundlichste Gemeinde Österreichs 2009“

Mit mehr als 80 Einreichungen wurde 2008 erstmals der Wettbewerb zur „Klimaschutzgemeinde Österreichs“ durchgeführt. Angespornet vom Erfolg der ersten Auflage, findet dieser Wettbewerb auch 2009 statt, die Endauswertung läuft derzeit, der Preis wird im Rahmen einer großen Gala im Wiener Konzerthaus am 25. November 2009 vergeben.

Getragen wird der Bewerb neben dem Gemeindebund vom Verbund-Konzern und dem Lebensministerium. Zusätzlich zum Medienpartner „Kronen Zeitung“

aus dem Vorjahr konnten für 2009 auch die „Kleine Zeitung“, die „Oberösterreichischen Nachrichten“ sowie die „Salzburger Nachrichten“ gewonnen werden.

Die Einreichzahlen aus 2009 sprechen erfreulicherweise auch eine klare Sprache. Mehr als 100 Projekte wurden eingereicht, der Wettbewerb wächst also im zweiten Jahr deutlich. Das liegt sicherlich auch daran, dass dies einer der wenigen Wettbewerbe des Gemeindebundes ist, bei dem auch hohe Geldbeträge an die Siegergemeinden ausgeschüttet werden. Insgesamt beträgt das Preisgeld rund 90.000 Euro, verteilt auf die Gewinner in drei Kategorien (Größenklassen). Das Preisgeld ist für weitere Aktivitäten zum Klimaschutz zweckgewidmet.

Preis der Kommunen - Wissenschaftspreis

Für das Jahr 2009 hat der Gemeindebund in Partnerschaft mit dem Städtebund zum insgesamt siebenten Mal den „Preis der Kommunen“ ausgeschrieben. Dieser Wettbewerb richtet sich an Wissenschaftler/innen sämtlicher Studienrichtungen an Universitäten und Fachhochschulen. Eingereicht werden konnten alle Diplom-, Dissertations- oder Habilitationsarbeiten, die von kommunaler Relevanz sind. In Summe ist dieser Preis mit 7.000 Euro dotiert, die Preisverleihung wird im Rahmen eines Symposiums am 5. November 2009 im Wiener Rathaus stattfinden.

„Verkehrssicherheitspreis 2009“

Das Thema der Verkehrssicherheit ist dem Österreichischen Gemeindebund ein wichtiges Anliegen. Dies belegen zahlreiche Aktionen und Kampagnen, die der Gemeindebund selbst oder in Kooperation mit Partnern durchgeführt hat.

Zwei Drittel aller Straßen Österreichs sind Gemeindestraßen. Die Hälfte bzw. mit Wien zwei Drittel aller Verkehrsunfälle mit Personenschaden ereignen sich im Ortsgebiet, die Anzahl der getöteten Kinder ist um 50 Prozent gestiegen. Leider droht auch oft Gefahr durch schlecht beschriebene Kreuzungen, unzureichend beleuchtete Straßen, kaum wahrnehmbare Schutzwege oder andere Versäumnisse auf Verkehrsflächen.

Mit der Vergabe des „Verkehrssicherheitspreis 2009 - Aquila“, eine Kooperation des Gemeindebundes mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV), wurden besonders engagierte Projekte von Gemeinden vor den Vorhang geholt und ausgezeichnet. 2009 errang die Salzburger Stadtgemeinde Hallein für ihren Kampf gegen den Schilderwald den Preis in der Gemeinde-Kategorie und wurde dafür im Rahmen eines Galaabends in der Österreichischen Nationalbank geehrt. In der Kategorie „Kindergarten“ holte sich die OÖ-Gemeinde Geboltskirchen mit dem Projekt „Früh übt sich....“, einem Programm zur Sicherheit von Kindern im Stra-

ßenverkehr, den Preis. In der Kategorie „Schulen“ gewann die Voralberger Gemeinde Langenegg für die Idee „Schoolwalker“ eine Auszeichnung.

„Baukultur-Gemeindepreis 2009“

Der Österreichische Gemeindebund beteiligte sich an der Initiative „LandLuft09“, die bereits anlässlich des Strukturausschusses am 5.11.2008 in Stadt Haag vorgestellt wurde. Kernelement dieser Initiative ist der Wettbewerb „Österreichische Baukulturgemeinde“. Unter dem Motto: „Baukultur im ländlichen Raum ist watscheneinfach!“ ermuntern die Initiative „LandLuft 09“ und der Österreichische Gemeindebund die Gemeinden, sich mit Baukultur - also mit der eigenen Zukunft.

Anliegen ist die Belebung von ländlichen Siedlungsräumen als Dorferneuerung im weitesten Sinn, nämlich die den menschlichen Bedürfnissen angepasste Schaffung und Gestaltung von Lebensraum. Im Mittelpunkt soll der Mensch und seine Kultur stehen. Der Gemeindebund ist mit diesem Projekt ein wichtiger Kommunikator für die Bewerbung einer „neuen Philosophie für den ländlichen Raum“.

Mit diesem neuen Preis werden innovative Baukultur und die Menschen dahinter ausgezeichnet, die sich an den vitalen Interessen eines Ortes orientiert und durch geschicktes Vorgehen Möglichkeiten eröffnet, die zuvor undenkbar

waren und im Idealfall zur Nachahmung anderswo ermutigen.

Ein repräsentativer Querschnitt der teilnehmenden Gemeinden soll am Gemeindetag in Lech präsentiert werden, die Ehrung der Preisträger findet im November in Wien statt.

Die preisgekrönten Gemeinden mit ihren Protagonisten und Projekten werden im Rahmen einer Ausstellung und eines Baukultur-Symposiums von 4. bis 6. November 2009 an der Technischen Universität Wien präsentiert. Nach der Preisverleihung wird „LandLuft09“ mehr als zwei Jahre als Wanderausstellung durch alle Regionen Österreichs touren.

IV.c. Publikationen

Den Weg, mit Publikationen in Form von Broschüren und Büchern Österreichs Kommunen und die Öffentlichkeit zu informieren, geht der Österreichische Gemeindebund konsequent und erfolgreich weiter. Über www.kommunalnet.at und über seine eigene Homepage versorgt der Österreichische Gemeindebund die Gemeinden in digitaler Form schnellstmöglich mit wichtigen Informationen. Mit der Fachzeitschrift „Kommunal“, dem offiziellen Organ des Gemeindebundes, steht ein monatlich erscheinendes Printmedium in hoher Auflage zur Verfügung.

Auf wissenschaftlicher Ebene liefert der Gemeindebund mit seiner RFG-Zeitschrift einen Überblick über die wichtigsten Rechtsbereiche und -neuerungen. Konkrete Handlungsanleitungen für einzelne Rechtsgebiete werden in den Ausgaben der RFG-Schriftenreihe bearbeitet, in der jeweils ein Thema sehr ausführlich abgehandelt wird.

KOMMUNAL – offizielles Fachmagazin



KOMMUNAL, das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden, liefert Monat für Monat unverzichtbare Informationen aus erster Hand. Die 35.000 wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger lesen KOMMUNAL nicht nur, sondern brauchen die Inhalte des Magazins für ihre tägliche Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Nicht weniger als 80% der Leser beurteilen die Inhalte von KOMMUNAL als hilfreich und unverzichtbar für die tägliche Arbeit in der Gemeindepolitik. Diese großartige Erfolgsstory ist das Produkt eines partnerschaftlichen Konzeptes zwischen der gesetzlichen Interessensver-



tretung der Kommunen und dem privatwirtschaftlich geführten Österreichischen Kommunal-Verlag.

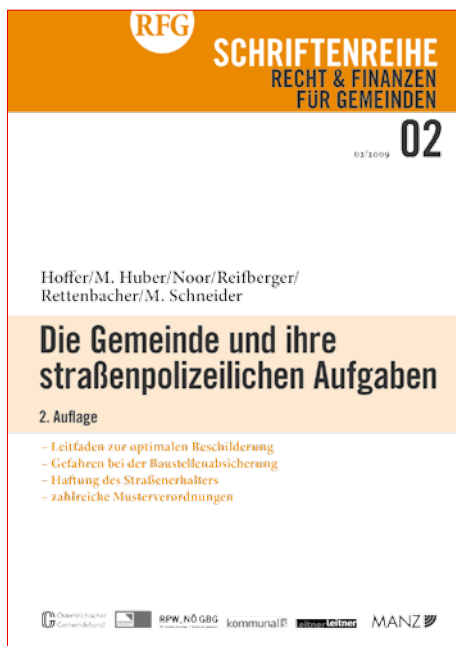
KOMMUNAL ist als Sprachrohr und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes ausschließlich den Interessen der Gemeinden verpflichtet, und zwar unabhängig von parteipolitischen Konstellationen.

Selbstverständlich ist KOMMUNAL auch im Internet auf www.kommunal.at vertreten, dort können die wichtigsten Artikel jeder Ausgabe nachgelesen werden.

RFG, Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden – Fachzeitschrift in Kooperation mit MANZ



Als Ergänzung zum bewährten offiziellen Organ „KOMMUNAL“ forciert der Gemeindebund die wissenschaftliche Aufarbeitung von gemeinderelevanten Themen. Mit anerkannten Partnern gründete der Gemeindebund eine Publikationsschiene und etablierte sich in diesem Sektor. Die im Traditionsverlag MANZ erscheinende Fachzeitschrift RFG (Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden) bündelt mit der Schriftenreihe, Büchern



und dem 2004 erstmals stattgefundenen Kommunalkongress alle relevanten Fachinformationen für Gemeinden. Fachexperten bieten zusammen mit Autoren aus der Gemeindepraxis verständliche Informationen, die in der täglichen Arbeit umgesetzt werden können.

Mehr als die Hälfte aller Gemeinden nützt bereits dieses erfolgreiche Serviceangebot, um sich mit rechtssicherer Information zu versorgen. Neben Gemeinden zählen auch Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte zu den Abonnenten. Die RFG-Publikationen sind der Fachwelt mittlerweile auch ein Begriff, in vielen Bereichen wurden Themen durch RFG-Schriftenreihen erstmals ausgiebig behandelt. Seit Februar 2004 sind auch alle Beiträge der RFG in der Rechtsdatenbank (RDB) enthalten und abrufbar, die RDB kann auch über kommunalnet.at zu besonders günstigen Konditionen eingesehen werden.

RFG-Zeitschrift

Die RFG-Publikationen teilen sich in zwei Formen. In der RFG-Zeitschrift, die kostenpflichtig ist und bestellt werden muss, werden pro Ausgabe mehrere gemeinderelevante Themen in verhältnismäßig kurzen Beiträgen von Experten aufgegriffen. Die Zeitschrift erscheint sechs Mal jährlich und ist über www.manz.at bestellbar.

Schriftenreihe RFG – Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden

Die RFG-Schriftenreihe hingegen ist ein kostenfreies Produkt, das allen heimischen Gemeinden automatisch zugesandt wird. Hier werden eher umfangreiche Themenkomplexe behandelt, jede Ausgabe ist nur einem Themenbereich gewidmet. Im Jahr 2009 sind bisher zwei Bände erschienen, die sich durch leichte Lesbarkeit, besondere Aktualität und sofortige Umsetzbarkeit der gebotenen Information auszeichnen. Weitere Ausgaben befinden sich derzeit in Planung und Ausarbeitung. Die Themenbereiche sind breit gestreut und entsprechen den Bedürfnissen der Gemeindepraxis.

Die im Berichtszeitraum bisher erschienen bzw. geplanten Bände des Jahres 2009 der „Schriftenreihe Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden“ in Kürze (Änderungen noch möglich):

- Band 3/2008: Achatz/Brassloff/Brenner/Schauer, **Kommunale KG-Modelle und Rechnungsabschlüsse auf dem Prüfstand**
- Band 4/2008: Mugler/Loidl/Fink/Lang/Teodorowicz, **Gemeindeentwicklung in Zentraleuropa**
- Band 1/2009: Held, **Haushaltsführung und Verantwortlichkeit der Gemeindeorgane** (schon erschienen)
- Band 2/2009: Huber/Hoffer, **Die Gemeinde und ihre straßenpolizeilichen Aufgaben** (schon erschienen)

- Band 3/2009 (geplant): **Energieausweis für Gemeinden**
- Weiters sind für 2009 bzw. 2010 Bände zu den Themen „Treasury für Gemeinden“, „Mittelfristige Finanzplanung“, „Handhabung der Bestimmungen des Antikorruptionsgesetzes“ und „Finanzstrafrecht in Gemeinden“ geplant.

Alle Ausgaben der RFG-Schriftenreihe der vergangenen Jahre stehen auch in digitaler Form auf www.gemeindebund.at zum Download zur Verfügung.

Weitere Publikationen

Darüber hinaus beteiligt sich der Österreichische Gemeindebund inhaltlich und organisatorisch an vielen weiteren Publikationen. So gibt es u.a. eine Informationsbroschüre über die Aufgaben des Österreichischen Gemeindebundes, die im Rahmen von Veranstaltungen, Führungen oder an Brüssel-Besucher verteilt wird. Auch über das europäische Engagement des Gemeindebundes gibt es eine eigene Informationsbroschüre. Beteiligt hat sich der Gemeindebund auch an der Herausgabe einer Broschüre „Ratgeber für den Todesfall“, die den Gemeinden zur Auflage in den Gemeindeämtern kostenfrei zur Verfügung gestellt wurden. Hier wurden tausende Exemplare an die Gemeinden versandt. Beteiligungen am Handbuch für seniorengerechte Gemeinden oder für Broschüren zum Mobilitätsmanagement in Gemeinden runden das Publikationsan-

gebot des Gemeindebundes ab. In Umsetzung begriffen ist derzeit die Herausgabe eines Buches zur neuen Bundesabgabenordnung (BAO).

IV.d. Online Medien

Homepage des Gemeindebundes
www.gemeindebund.at



Die Internetseite des Gemeindebundes verzeichnet Monat für Monat steigende Zugriffszahlen und bietet sehr schnelle, vollständige und umfangreiche Informationen. Die technische Erweiterung hat die Abo-Möglichkeit der Inhalte über RSS-Feeds möglich gemacht, ein Service, das immer mehr Nutzer annehmen. Auch der regelmäßige Versand eines digitalen Newsletters verläuft überaus erfolgreich, mehr als 4.000 Abonnenten nutzen dieses Service.

Im Schnitt erscheinen derzeit monatlich rund 20 neue Beiträge auf www.gemeindebund.at. Alle Publikationen des

Österreichischen Gemeindebundes, alle wichtigen Unterlagen und Arbeitsmaterialien werden auf der Homepage zum Download angeboten.

Neu ist die Möglichkeit für den Gemeindebund, über die eigene Webseite auch Umfragen durchzuführen. Das ermöglicht das regelmäßige Einholen von Feedback zu Themen, die für die Gemeinden und ihre Interessensvertretung wichtig sind. Wir bitten die Gemeinden auch weiterhin, möglichst zahlreich und verlässlich an diesen Umfragen teilzunehmen, sie sind wichtige Grundlage für die Aktivitäten des Gemeindebundes.

www.kommunalnet.at

Das Intranet- und E-Government-Portal des Gemeindebundes, seiner Landesverbände und der Kommunalkredit Austria www.kommunalnet.at erzielt weiterhin große Erfolge und baut sein Angebot ständig aus. Es ist das mit Abstand wichtigste kommunale Portal Österreichs. Mehr als 1.800 registrierte Gemeinden nutzen es derzeit täglich. Neben dem

Informationsteil stehen den Gemeinden mehr als 70 behördliche und nicht-behördliche Anwendungen zur Verfügung. Sowohl in wirtschaftlicher, als auch in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht bietet kommunalnet.at den Gemeinden viele Vorteile. Im Informationsteil erscheinen täglich topaktuelle Artikel über gemeinderelevante Themen.

www.gemeindetag.at

Über die Internet-Seite www.gemeindetag.at wurde auch 2009 die gesamte Anmeldung für den 56. Österreichischen Gemeindetag abgewickelt. Anmeldung und Hotelreservierung waren ausschließlich über diese Seite möglich.

Der Gemeindebund und seine Gemeinden im Teletext

Seit Herbst 2005 ist der Österreichische Gemeindebund auch im Teletext von ProSieben Austria. Dem Gemeindebund stehen dort zwei Teletextseiten zur Verfügung, es handelt sich um die Seiten 752 und 753, die er selbst mit Inhalten befüllen kann. Dies geschieht im Durchschnitt im Wochenrhythmus, d.h. jede Woche gibt es zwei neue Meldungen, die für alle Bürgerinnen und Bürger österreichischer Gemeinden relevant sind. Darüber hinaus können bis zu 300 österreichische Gemeinden auch eine Teletext-Seite bei ProSieben in Anspruch nehmen. Ab der Seite 750 sind alle weiteren Seiten für die heimischen Gemeinden reserviert.



Der Betrieb dieser Seiten ist für die Gemeinden kostenlos, die Resonanz ist überwältigend hoch.

ORF-Gemeindequiz

Eine ungewöhnliche Aktion hat der Gemeindebund im Sommer 2009 gemeinsam mit dem ORF durchgeführt. Im Rahmen der Sendung „Sommerzeit“ konnten Gemeinden sich für die Ausstrahlung eines Gemeindeporträts anmelden. Jeden Werktag wurden auf diese Weise

zwei Gemeinden auf sehr sympathische Weise vorgestellt, anschließend konnten Zuseher live in der Sendung anrufen und an einem Gewinnspiel teilnehmen. Diese Aktion, für die der Gemeindebund sehr kostengünstige Konditionen mit dem ORF ausverhandelt hatte, ist auf großes Interesse bei den Gemeinden gestoßen, die Sendungselemente der Gemeinden liefen täglich im Vorabendprogramm des ORF und erreichten mehrere hunderttausend Zusehern täglich.

V. Gemeindebund intern

Aufgaben des Gemeindebundes

Die Aufgaben des Österreichischen Gemeindebundes sind einerseits in den Aufträgen des österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes und andererseits im Statut des Vereins definiert.

Der Gemeindebund hat nicht nur seinen Auftrag als verfassungsrechtlich verankerte Interessensvertretung der österreichischen Gemeinden zu agieren, sondern er vertritt als Dachverband im Wege seiner Landesverbände 2.345 österreichische Gemeinden.

Aus diesem Selbstverständnis des Österreichischen Gemeindebundes wird das jährliche Arbeitsprogramm von den vereinsrechtlich verankerten Organen beschlossen. Eine schlagfertige und wendige Interessensvertretung muss jedoch auch auf aktuelle politische und sozio-ökonomische Entwicklungen reagieren können. So war der Gemeindebund zum Beispiel besonders durch das Hereinbrechen der Finanz- und Wirtschaftskrise oder der Neubildung der Bundesregierung gefordert, kommunale Themen und Positionen in die bundes- und europaweite Diskussion einzubringen.

Interne Struktur des Österreichischen Gemeindebundes

Organe des Gemeindebundes laut Statut von 2007 sind der Präsident, das Präsidium und der Bundesvorstand. Zur Beratung der Organe wurden folgende Ausschüsse eingesetzt: Europaausschuss, Finanzausschuss, Gesundheits- und Sozialausschuss, Rechtsausschuss, Struktur- und Tourismusausschuss, Umweltausschuss.

Das Generalsekretariat mit Sitz in Wien und Brüssel führt die laufenden Geschäfte unter der Leitung des Generalsekretärs. Als Interessensvertretung der Gemeinden wird der Österreichische Gemeindebund auf nationaler und internationaler Ebene tätig, er nimmt an Terminen in zahlreichen gesetzlich eingerichteten Gremien teil und pflegt die Kontakte zu allen Ministerialressorts, Dienststellen der EU und vielen Organisationen, wobei er in mehr als 60 formellen Gremien und Ausschüssen auf Bundesebene vertreten ist und jährlich hunderte Termine wahrnimmt. Die Ergebnisse des Finanzausgleiches zeigen, dass es hierbei um existenzielle Entscheidungen für die Gemeinden geht, unter anderem um die Verteilung von Finanzmitteln in der Höhe von vielen hundert Millionen Euro.



Die Organe und Vertreter des Österreicherischen Gemeindebundes (Stand per 31.7.2009):

Präsident:

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer

1. Vizepräsident:

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl

2. Vizepräsident:

Präs. LAbg. Bgm. Ernst Schmid

Präsidium

Mitglieder des Präsidiums sind neben Präsident und Vizepräsidenten die weiteren Obmänner der Landesverbände:

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits
Präs. LAbg. Bgm. Ernst Schmid
Präs. Bgm. Hans Ferlitsch
Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
Präs. Bgm. a.D. Franz Steininger
Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
Präs. Bgm. Ernst Schöpf
Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold

Weitere Mitglieder des Präsidiums:

Generalsekretär Dr. Robert Hink
VPräs. Bgm. a.D. Erwin Mohr (AdR)
BR Bgm. Johannes Peinsteiner (KGRE)
VBgm. Marianne Fögl (AdR)

Bundsvorstand

Mitglieder Burgenland

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits
VPräs. Bgm. Johann Schumich
Präs. LAbg. Bgm. Ernst Schmid
VPräs. LAbg. Bgm. Matthias Gelbmann

Mitglieder Kärnten

Bgm. Hans Ferlitsch
VPräs. Bgm. Vinzenz Rauscher
VPräs. Bgm. Valentin Happe
VPräs. Bgm. Arnold Marbek
VPräs. Bgm. Maximilian Linder

Mitglieder Niederösterreich

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl
VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser
LAbg. Bgm. Mag. Karl Wilfing
Bgm. Otto Huslich
Bgm. Manfred Marhart
2. LTPräs. Bgm. Herbert Nowohradsky
LAbg. Bgm. Ingeborg Rinke
Bgm. Karl Stangl
LAbg. Bgm. Ing. Franz Rennhofer
Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
VPräs. LR a.D. Bgm. Fritz Knotzer
Dir. Mag. Ewald Buschenreiter
VBgm. Marianne Fögl
Bgm. Maurice Androsch
LAbg. VBgm. Mag. Karin Renner

Mitglieder Oberösterreich

Präs. Bgm. a.D. Franz Steininger
VPräs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer
VPräs. Bgm. Fritz Kaspar
Bgm. Mag. Walter Brunner
Bgm. RR Franz Dopf
Bgm. Dir. Rudolf Fischerlehner
Bgm. Bruno Fröhlich
Bgm. Dir. Johann Meyr
Bgm. Peter Oberlehner
BR Bgm. Johannes Peinsteiner
Bgm. Karl Staudinger
LAbg. a.D. Bgm. Otto Weinberger

Mitglieder Salzburg

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer
VPräs. Bgm. Peter Mitterer
Bgm. Rudolf Lanner
Bgm. Ludwig Bieringer
Bgm. Wolfgang Eder

Mitglieder Steiermark

VPräs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
VPräs. Bgm. Reinhard Reisinger
Bgm. Robert Hammer
Bgm. Engelbert Huber
Bgm. Heinz Jungwirth
LAbg. Bgm. Karl Lackner
Bgm. Dir. Karl Pack
Bgm. Erwin Puschenjak
Bgm. Manfred Seebacher
Bgm. Christoph Stark
Bgm. Johann Urschler
Bgm. Gerhard Weber

Mitglieder Tirol

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
VPräs. Bgm. Günter Fankhauser
VPräs. Bgm. Edgar Kopp
VPräs. Bgm. Rudolf Nagl
LAbg. Bgm. Arno Ablner
Bgm. Rudolf Fröhlich
Bgm. Johann Schweigkofler

Mitglieder Vorarlberg

Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold
VPräs. Bgm. a.D. Erwin Mohr
VPräs. Bgm. Mag. Harald Sonderegger
Bgm. Werner Walser

Rechnungsprüfer

Bgm. Johann Oberlerchner
Bgm. a.D. Reinhold Fiedler
Bgm. a.D. Hans Rauscher



Das Generalsekretariat des Gemeindebundes

Die personelle Besetzung der Büros
in Wien und in Brüssel präsentierte
sich im Jahr 2008 bisher wie folgt:

LEITUNG

Generalsekretär Dr. Robert HINK
Österreichischer Gemeindebund
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/5121480, Fax: 01/5121480-72
E-mail: oesterreichischer@gemeindebund.gv.at

GENERALSEKRETARIAT-WIEN

Mag. Nicolaus Drimmel
(Stellvertreter des Generalsekretärs, Leiter
Sachbearbeiter)
Mag. Bernhard Haubenberger
(jurist. Sachbearbeiter)
Mag. Silvia Lingard (jurist. Sachbearbeiterin)
Petra Stossier
(Büroleitung, Terminkoordination)
Beate Bauer
(Finanz- und Personaladministration)
Blerta Arifi (Sekretariat)
Sonja Aouida (Sekretariat)
Daniel Kosak
(Leiter Presse und Kommunikation)
Marlies Nadlinger (Redaktion)
Sabrina Neubauer (Sekretariat Presse)

GENERALSEKRETARIAT AUSSENSTELLE BRÜSSEL

Avenue de Cortenberg 30, 1040 Brüssel
Tel.: 00322/28 20 680, Fax: 00322-28 20 688
E-Mail: oegemeindebund@skynet.be

Mag. Erwin Wetzel (Leiter Büro Brüssel, als
Karenzvertretung für Mag. Daniela Fraiß)
Sybille Schwarz (Sekretariat)



Die Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes



Burgenländischer Gemeindebund
Präs. Bgm. LAbg. Leo RADAKOVITS
LGf. Bgm. a.D. Matthias HEINSCHINK
Ing. Julius Raab Strasse 7/1, 7000 Eisenstadt
Tel.: 02682/799 34 oder 799 35,
Fax: 02682/799 36
e-mail: post@gemeinebund.bgld.gv.at



**Verband sozialdem.
Gemeindevertreter im Burgenland**
Präs. LAbg. Bgm. Ernst SCHMID
LGf. Mag. Herbert MARHOLD
Permyerstraße 5, 7000 Eisenstadt
Tel.: 02682/775 255 oder 775 256,
Fax: 02682/68105
e-mail: gvvbgld@spoe.at



Steiermärkischer Gemeindeverband
Präs. LAbg. Bgm. Erwin DIRNBERGER
LGf. Mag. Dr. Martin OZIMIC
Burgring 18, 8010 Graz
Tel.: 0316/822 079
Fax: 0316/810 596
e-mail: post@gemeinebund.steiermark.at



Tiroler Gemeindeverband
LGf. Dr. Helmut LUDWIG
Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck
Tel.: 0512/587 130
Fax: 0512/587 130-14
e-mail: tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at



Vorarlberger Gemeindeverband
Präs. Bgm. Mag. Wilfried BERCHTOLD
LGf. Dr. Otmar MÜLLER und Peter JÄGER
Marktstraße 51, 6850 Dornbirn
Tel.: 05572/554 51
Fax: 05572/554 51-93
e-mail:
vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at



**Gemeindevertreterverband der
Volkspartei NÖ**
Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred RIEDL
LGf. Mag. Christian SCHNEIDER
Ferstlergasse 4, 3109 St. Pölten
Tel.: 02742/9020-800, Fax: 02742/9020-880
e-mail: office@vp-gvv.at



**Verband der sozialdem.
Gemeindevertreter in NÖ**

Präs. LAbg. Bgm. Rupert DWORAK
LGf. Dir. Mag. Ewald BUSCHENREITER
Bahnhofplatz 10, Postfach 73, 3100 St. Pölten
Tel.: 02742/313 054, Fax: 02742/313 054-20
e-mail: office@gvvnoe.at



Kärntner Gemeindebund

Präs. Bgm. Hans FERLITSCH
LGf. Mag. Stefan PRIMOSCH
Burggasse 14/3, 9020 Klagenfurt
Tel.: 0463/55 111, Fax: 0463/55 111-22
e-mail: gemeindebund@ktn.gde.at



Oberösterreichischer Gemeindebund

Präs. Bgm. a.D. Franz STEININGER
LGf. Dir. HR Dr. Hans GARGITTER
Coulinstraße 1, 4020 Linz
Tel.: 0732/656 516 oder 656 517,
Fax: 0732/651 151
e-mail: post@ooegemeindebund.at



**SALZBURGER
GEMEINDEVERBAND**

© 2008 Salzburger Gemeindeverband
Bismarckstraße 11, 5020 Salzburg
E-Mail: Salzburger.Gemeindeverband@salzburg.at
Telefon: 0662/622 325-0

Salzburger Gemeindeverband

Präs. Bgm. Helmut MÖDLHAMMER
LGf. Dir. Mag. Dr. Martin HUBER
Alpenstraße 47, 5020 Salzburg
Tel.: 0662/622 325-0
Fax: 0662/622 325-16
e-mail: gemeindevverband@salzburg.at



Die Interessensvertretung
für Österreichs Gemeinden

www.gemeindebund.at